

Erfolgsjahr ohne Beifall

Das Jahr 1998 war für Baden-Württemberg in der Gesamtbilanz zweifellos ein gutes Jahr. Der konjunkturelle Aufschwung erreichte eine Stärke wie seit Jahren nicht mehr, und mit den Rekordmeldungen aus den Reihen des Verarbeitenden Gewerbes verstummte die Kritik an der hiesigen Wirtschaftsstruktur. Nach fünf Jahren weitreichender Stelleneinsparungen gab es erstmals wieder mehr Arbeitsplätze. Vielerorts konnten die Unternehmen die Auftragsflut, die zunächst vornehmlich aus dem Ausland, im Laufe des Jahres aber auch zunehmend aus dem Inland kam, nicht mehr mit einer noch stärkeren Auslastung des vorhandenen Personalbestands bewältigen. Die Kurzarbeit sank auf ein Niveau wie in früheren Hochkonjunkturphasen üblich, und viele Wirtschaftsbereiche – allen voran die Industrie – stellten wieder Personal ein. In den boomenden Metallbranchen wurden sogar Rufe laut, daß dort der Bedarf an hochqualifiziertem Personal nicht mehr gedeckt werden kann. Selbst in der Bauwirtschaft gingen 1998 wieder mehr Aufträge ein als noch ein Jahr zuvor, so daß sich dort das Ende der langjährigen Krise andeutet. Die Dienstleistungsunternehmen, die nach mageren Erträgen in den letzten Jahren ebenfalls zu Rationalisierungen gezwungen waren und teilweise heute noch sind, profitierten auch vom Aufschwung in der Industrie. Insgesamt führte die positive Entwicklung in den meisten Teilen der Wirtschaft dazu, daß auf dem Arbeitsmarkt die lang herbeigesehnte Wende eintrat.

Und doch wollte in Wirtschaft und Gesellschaft ein diesem Erfolg angemessener Beifall nicht so recht aufkommen. Ein Grund mag darin liegen, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung vor allem in der ersten Jahreshälfte vollzog und mit der Abschwächung des Wachstums der Eindruck entstand, die Aufschwungphase könnte sich dem Ende zuneigen. Ein weiterer Grund mag in der jahrelangen harten Disziplin zu suchen sein, die in Wirtschaft und Gesellschaft geübt wurde. Dem Vertrauen in die konjunkturelle Erholung ist heute mehr Skepsis beigemischt als in früheren Zeiten. Die jüngste Rezession und die nicht gerade von Wachstumsstärke verwöhnten Folgejahre zwangen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Hausaufgaben, die nicht leicht fielen. In den Unternehmen standen Rationalisierungen und effizienzsteigernde Maßnahmen in den Produktionsabläufen auf dem Programm, um in Zeiten zunehmender Verflechtung mit dem Ausland und an der Schwelle zum Euroland für den internationalen Wettbewerb gut gerüstet zu sein. In zunehmendem Maße versuchen die Unternehmen auch über Fusionen mit in- oder ausländischen Firmen, sich hart umkämpfte Marktanteile zu sichern, das Risiko auf mehrere Schultern zu verteilen und eine höhere Effizienz zu erzielen.

In Europa und den USA liefen die Geschäfte der baden-württembergischen Exporteure im Jahr 1998 glänzend. Dennoch wurde der Aufschwung immer noch skeptisch beurteilt. Die Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika waren hierzulande ständig präsent, obwohl sich die Auswirkungen bisher in Grenzen hielten.

Ähnlich wie auf der Unternehmerseite ist auch bei den Arbeitnehmern eine gewisse Skepsis bei der Beurteilung ihrer aktuellen Lage zu beobachten. Zwar gab es im Jahr 1998 real wieder leichte Verbesserungen bei den Nettolöhnen und -gehältern. Diese reichten jedoch noch nicht aus, die Verbrauchskonjunktur nachhaltig zu beleben. Lediglich im Bereich der Gebrauchsgüter gab es einzelne konjunkturelle Impulse durch die lebhaftere Nach-

frage der privaten Haushalte. Doch spürten Branchen, die Gebrauchsgüter im Hochpreissegment herstellten, die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April 1998. Viele Haushalte entschlossen sich deshalb beispielsweise früher zum Kauf eines Pkw als vielleicht ursprünglich geplant. Neben den geringen Einkommensverbesserungen liegt ein weiterer Grund für die Kaufzurückhaltung darin, daß in den vergangenen Jahren der Wunsch, den Lebensstandard so weit wie möglich aufrechtzuerhalten, zu Lasten der Ersparnisse ging. Die aufgezehrten Polster werden mit einer Verbesserung der Einkommenssituation zur Verbesserung der Sicherheit wieder aufgestockt, die Einkommenssteigerungen fließen also nicht in vollem Umfang in den Konsum. Mit zunehmender Dauer des wirtschaftlichen Aufschwungs wächst der Wunsch der Arbeitnehmer, stärker als bisher am Erfolg ihrer Arbeit beteiligt zu werden. Nachdem sie zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze mehrere Jahre auf stärkere Lohnerhöhungen verzichtet haben, befürchten sie nun, die wirtschaftlich guten Jahre könnten an ihnen vorbeiziehen, ohne daß sie die Früchte ihrer Arbeit ernten.

Obwohl sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage im Land während des Jahres 1998 verbessert hat, spielte die Sorge um das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit eine zentrale Rolle. Daß es andernorts noch gravierendere Probleme auf dem Arbeitsmarkt gibt, ist dabei nur ein schwacher Trost. Die Geduld und das Verständnis der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite für die jeweils andere Partei und damit auch die Verantwortung für das Gesamtwohl werden trotz rückläufiger Arbeitslosenzahlen noch einige Zeit und in weitaus stärkerem Maße gefordert sein, als dies in vergleichbaren wirtschaftlichen Situationen der Vergangenheit der Fall war. Mit den Entbehrungen der vergangenen Jahre ist auch das Bewußtsein gewachsen, daß es nicht immer nur rosige Zeiten gibt. Für das Jahr 1999 bleibt zu hoffen, daß sich mit weiterer konjunktureller Erholung die in manchen Bereichen noch zaghaften Verbesserungen verstetigen. Damit verstärkt sich vielleicht auch der Eindruck, daß es sich lohnt, Augenmaß zu beweisen, alte liebgewonnene Gewohnheiten zu überdenken und Neues anzupacken.

× Geringe Bevölkerungszunahme

Während im ersten Halbjahr 1997 noch eine Bevölkerungszunahme um 18 100 Personen zu beobachten war, nahm die Bevölkerung im ersten Halbjahr 1998 nur um knapp 11 800 auf rund 10 408 400 Einwohner zu. Dieser Anstieg der Bevölkerungszahl beruht einerseits auf einem noch immer positiven Wanderungssaldo, wobei in den einzelnen Monaten des ersten Halbjahres sowohl Wanderungsüberschüsse wie Wanderungsverluste zu verzeichnen waren. Andererseits ist die Bevölkerungszunahme aber auch auf einen leichten Geburtenüberschuß zurückzuführen, der eindeutig von der ausländischen Bevölkerung getragen wird. Hier wurden im ersten Halbjahr 1998 fast 7 500 mehr Geburten als Sterbefälle registriert. Demgegenüber war wie bereits im Vorjahr bei den Deutschen die Zahl der Gestorbenen größer als die Zahl der Geborenen.

Trotz Geburtenüberschuß und Wanderungsgewinnen bei der ausländischen Bevölkerung blieb ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung mit knapp 13 % zur Jahresmitte 1998 im Vergleich zum Vorjahr konstant.

Tabelle 1
Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1997 und 1998

Merkmal	1997			1. Halbjahr 1998		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
Lebendgeborene	116 419	96 860	19 559	53 155	44 473	8 682
Sterbefälle	97 167	94 773	2 394	49 267	48 076	1 191
Geburtenüberschuß (+) bzw. -defizit (-)	+ 19 252	+ 2 087	+ 17 165	+ 3 888	- 3 603	+ 7 491
Zuzüge über die Landesgrenze	257 106	136 581	120 525	114 945	60 065	54 880
Fortzüge über die Landesgrenze	254 253	121 133	133 120	107 064	52 310	54 754
Wanderungssaldo	+ 2 853	+ 15 448	- 12 595	+ 7 881	+ 7 755	+ 126
Ein- bzw. Ausbürgerung (Änderung der Staatsangehörigkeit)	X	+ 58 513	- 58 513	X	+ 8 460	- 8 460
Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-)	+ 22 105	+ 76 048	- 53 943	+ 11 769	+ 12 612	- 843
Bevölkerungsstand am Jahresende bzw. Ende Juni	10 396 610	9 080 146	1 316 464	10 408 379	9 092 758	1 315 621

Tabelle 2
Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg seit 1988

Faktoren des Bevölkerungswachstums	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Geburtenüberschuß	18 209	17 338	21 009	20 382	21 582	19 410	16 760	14 726	15 749	19 252
Zuwanderungsüberschuß Ausländer	43 722	44 990	56 014	98 866	88 888	42 046	14 962	21 226	26 022	- 12 595
Zuwanderungsüberschuß Deutsche	40 290	123 659	126 308	60 565	36 398	23 862	6 321	11 346	13 367	15 448
Zunahme der Bevölkerung	102 221	185 987	203 331	179 813	146 868	85 318	38 043	47 298	55 138	22 105
Nachrichtlich:										
Aufnahme von Aussiedlern	28 435	57 851	92 741	36 617	28 874	26 277	27 991	26 455	21 778	16 740
Zuwanderung aus den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) ¹⁾	7 904	64 687	50 956	43 907	31 754	23 225	20 679	20 737	19 654	19 538
Aufnahme von Asylbewerbern ²⁾	15 728	17 565	27 968	43 111	51 609	38 521	13 186	12 927	12 186	10 789

1) Bis 1990: aus der DDR und Berlin (Ost). - 2) Ab 1992 bereinigt; zum Vergleich 1992 unbereinigt: 61 941.

Tabelle 3
**Zugänge an Aussiedlern und Asylbewerbern
in Baden-Württemberg seit 1990**

Jahr	Aussiedler		Asylbewerber	
	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %
1990	92 741	+ 60,3	27 968	+ 59,2
1991	36 617	- 60,5	43 111	+ 54,1
1992	28 874	- 21,1	51 609	+ 19,7
1993	26 277	- 9,0	38 521	- 25,4
1994	27 991	+ 6,5	13 196	- 65,7
1995	26 455	- 5,5	12 927	- 2,0
1996	21 778	- 17,7	12 186	- 5,7
1997	16 740	- 23,1	10 789	- 11,5
1998 ¹⁾	9 240	- 29,1	7 418	- 7,4

1) Januar bis September.

Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg.

Zahl der Aussiedler und Asylsuchenden weiter rückläufig

Die Abnahme der Zahl von Aussiedlern und Asylsuchenden, die bereits in den letzten Jahren zu beobachten war, hat sich weiter fortgesetzt. Bis September des Jahres reduzierte sich der Zuzug von Aussiedlern auf 9 240 Personen und lag damit um 29 % unter dem Zuzug im gleichen Vorjahreszeitraum. Auch die Anzahl der Asylsuchenden ist weiter rückläufig. Während von Januar bis September 1997 noch knapp 10 800 Asylsuchende registriert wurden, lag diese Zahl bis September des Jahres 1998 bei 7 418 und damit um 7,4 % niedriger als im Vorjahreszeitraum. Ursächlich für diese Entwicklung dürfte vor allem die Wirkung der Asylrechtsänderungen aus dem Jahre 1993 sein, die bundesweit zu einem massiven Rückgang der Asylsuchenden führte. Hinzu kommen weitere Faktoren, etwa die deutlich abgesenkten Leistungen für Asylsuchende oder die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen.

× Haushalte und Familien

Den bislang aktuellsten Zahlen für 1997 zufolge lebten rund 83 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg in Mehrpersonenhaushalten und nur 17 % in Einpersonenhaushalten. Trotz dieser eindeutigen Präferenz für das Zusammenleben mit anderen Men-

Tabelle 4

Familien in Baden-Württemberg 1975 bis 1997 nach Familientyp und Anzahl der Kinder

Familientyp	1975	1982	1992	1994	1996	1997
	1 000					
Zusammenlebende Ehepaare						
Zusammenlebende Ehepaare	2 258,8	2 250,2	2 418,2	2 468,3	2 475,0	2 465,1
darunter						
ohne Kinder	757,4	819,4	975,6	1 049,5	1 098,6	1 093,2
mit Kindern unter 18 Jahren	1 255,6	1 140,1	1 013,9	1 014,1	1 020,2	1 022,2
1 Kind	508,0	543,9	455,8	438,5	429,5	422,6
2 Kinder	466,2	434,8	412,2	427,6	433,5	443,0
3 Kinder und mehr	281,4	161,4	146,0	148,0	157,1	156,6
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	2 427,4	1 953,5	1 758,0	1 779,5	1 818,2	1 829,1
Durchschnittliche Kinderzahl	1,93	1,71	1,73	1,75	1,78	1,79
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren						
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren	96,4	124,5	143,3	159,4	175,2	189,8
1 Kind	55,6	83,0	100,3	110,4	116,4	125,1
2 Kinder	27,2	31,4	35,0	40,1	46,2	50,7
3 Kinder und mehr	13,6	10,1	8,0	8,9	12,7	14,1
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	159,0	178,2	197,0	220,8	249,8	272,4
Durchschnittliche Kinderzahl	1,65	1,43	1,37	1,39	1,43	1,44
Alleinerziehende Männer	14,6	17,3	16,3	20,7	27,0	31,6
Alleinerziehende Frauen	81,8	107,2	127,0	138,7	148,2	158,2

schen ist im längerfristigen Vergleich festzustellen, daß immer mehr Menschen alleine leben. Die Anzahl der Einpersonenhaushalte stieg im Zeitraum 1978 bis 1997 um 70 % von 1,03 Mill. auf 1,75 Mill. Auch bei den Zweipersonenhaushalten war in diesem Zeitraum ein Zuwachs um 50 % auf 1,42 Mill. zu verzeichnen. Alle anderen Haushaltstypen verloren quantitativ an Bedeutung. Während die Anteile der Einpersonenhaushalte im genannten Zeitraum von 29 % auf 37 % und der Zweipersonenhaushalte von 27 % auf 30 % stiegen, sind die Quoten der anderen Haushaltstypen gesunken. Dies betrifft insbesondere große Haushalte mit 5 und mehr Personen, deren Anteil an allen Haushalten 1997 nur noch 5 % ausmachte. Diese Entwicklung resultiert aus der abnehmenden Zahl kinderreicher Familien. Aber auch die Tendenz, daß immer weniger Menschen in Haushalten mit mehreren Generationen zusammenleben, und die gestiegenen Scheidungszahlen spiegeln sich in dieser Entwicklung wider.

Leichter Anstieg der Ehepaare mit minderjährigen Kindern

Im langfristigen Vergleich mit den 70er Jahren hat sich die absolute Anzahl zusammenlebender Ehepaare mit minderjährigen Kindern reduziert. In den 90er Jahren hat sich ihre Anzahl allerdings wieder etwas erhöht, und zwar von 1 013 900 im Jahre 1992 auf 1 022 200 in 1997. Ihr Anteil an allen Ehepaaren blieb dabei annähernd stabil. Dagegen sank in den 90er Jahren der Anteil von Ehepaaren mit im Haushalt lebenden erwachsenen Kindern.

Inzwischen leben wieder etwas mehr Kinder in den Familien. Seit Anfang der 90er Jahre erhöhte sich die durchschnittliche Anzahl minderjähriger Kinder in den Familien bei Ehepaaren ganz leicht von 1,73 (1992) auf 1,79 (1997), bei Alleinerziehenden von 1,37 auf 1,4.

Immer mehr Eltern ziehen ihre Kinder allein oder ohne ehelichen Partner auf. Die Zahl der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern stieg von 175 000 im Jahre 1996 auf knapp 190 000 in 1997. Allerdings gilt es hier zu bedenken, daß ein Teil dieser

Alleinerziehenden mit einem Partner zusammenlebt, so daß der Anstieg der Alleinerziehenden auch im Anstieg dieser Lebensform begründet sein könnte.

✕ Bildungswesen:**Weiterer Anstieg der Übergangsquoten auf das Gymnasium**

Im Schuljahr 1998/99 wechselten 33 % der Grundschulkinder in Baden-Württemberg auf ein Gymnasium. Damit scheint sich der langfristige Trend zu höheren Übergangsquoten auf das Gymnasium wieder fortzusetzen, der zu Beginn der 90er Jahre unterbrochen schien. Die quantitative Bedeutung der Realschule scheint sich mit einer Quote um die 30 % zu verfestigen. Die Hauptschule bleibt zwar die Schulart mit der höchsten Übergangsquote, aber auch hier scheint sich, analog zur Entwicklung bei den Gymnasien, der langfristige Trend zu niedrigeren Übergangsquoten wieder durchzusetzen.

Weiterhin sinkende Studierendenzahlen

An den Hochschulen Baden-Württembergs nimmt die Zahl der Studierenden weiter ab. Nachdem die Zahl der Studierenden bis zum Wintersemester 1994/95 kontinuierlich angestiegen war, ist sie seitdem kontinuierlich rückläufig. Während im Wintersemester 1994/95 noch 231 500 Studenten eingeschrieben waren, werden auf der Basis erster vorläufiger Zahlen für das Wintersemester 1998/99 nur noch 189 000 eingeschriebene Studenten erwartet. Damit hat sich die Zahl der Studenten im Vergleich zum Vorjahr nochmals um knapp 9 % reduziert. Verglichen mit dem Vorjahr haben vor allem die Universitäten zu dieser Entwicklung beigetragen. Die Zahl der Studierenden an Universitäten sank im Berichtszeitraum von 127 300 auf 114 000 (- 10 %). Auch an den Pädagogischen Hochschulen ging die Zahl der Stu-

Tabelle 5
Studierende an baden-württembergischen Hochschulen^{*)} seit 1960 nach Hochschularten

Wintersemester	Studierende		Davon an ...			
	insgesamt ¹⁾	darunter Ausländer	Universitäten	Pädagogischen Hochschulen	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ²⁾
	Anzahl					
1960/61	40 144	4 253	38 044	-	2 100	-
1965/66	48 017	5 011	45 974	-	2 043	-
1970/71	78 493	5 309	61 509	14 464	2 520	-
1975/76	132 303	8 394	86 583	22 262	2 960	20 498
1980/81	147 768	9 170	102 101	13 127	3 332	29 185
1985/86	190 301	10 740	132 181	9 785	3 848	44 444
1990/91	215 242	14 770	148 709	11 851	4 028	50 583
1991/92	220 933	16 073	151 056	13 818	3 949	52 031
1992/93	226 301	17 552	152 658	14 755	3 976	54 842
1993/94	230 980	19 164	152 246	16 153	4 024	58 439
1994/95	231 540	20 149	149 150	18 375	4 183	59 734
1995/96	226 512	20 427	142 904	19 038	4 105	60 409
1996/97	219 353	21 365	137 658	18 657	4 060	58 865
1997/98	206 550	21 476	127 320	17 739	3 995	57 404

*1) Bis Wintersemester 1975/76 Haupt- und Nebenhörer, ab Wintersemester 1980/81 nur Haupthörer. – 1) Einschließlich Theologische Hochschule. – 2) Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen.

dierenden um mehr als 2 000 auf ca. 15 400 (– 13 %) zurück. Dagegen ist an den Kunsthochschulen sogar ein leichter Anstieg festzustellen. Bei den Fachhochschulen ist ein geringer Rückgang um etwa 2 % zu beobachten.

Diese Entwicklung betrifft allerdings allein die deutschen Studenten. Die Anzahl ausländischer Studenten steigt weiterhin langsam an und betrug im Wintersemester 1997/98 knapp 21 500. Der Ausländeranteil lag damit bei 10,4 %. Auch die Zusammen-

setzung nach dem Geschlecht verschiebt sich zusehends. Im Wintersemester 1994/95 lag der Frauenanteil noch bei 38 %, im Wintersemester 1997/98 bereits bei 41 %.

Der Rückgang der Studierendenzahlen wird vor allem demographischen Auswirkungen zugeschrieben. Zum einen verlässen gegenwärtig vergleichsweise starke Absolventenjahrgänge die Hochschulen, zum anderen lag die Zahl der Abiturienten im Jahr 1997 mit rund 32 000 immer noch nahe bei dem Tiefstand des Jahres 1993 (30 249). Außerdem dürfte die Einführung der Studiengebühren – vor allem bei den Universitäten – zu einem Rückgang der Zahl der Studierenden, insbesondere von Langzeitstudierenden, geführt haben. Der Rückgang der Studierendenzahlen dürfte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Aufgrund stärker besetzter Geburtsjahrgänge vornehmlich gegen Ende der 80er Jahre sind in den kommenden Jahren wieder mehr Schulabgänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife zu erwarten. Sollte die Studienbereitschaft unverändert bleiben, wird dies

auch steigende Studierendenzahlen zur Folge haben. Aufgrund der Geburtenentwicklung ist langfristig allerdings wieder mit einem deutlichen Rückgang der Studierendenzahlen zu rechnen.

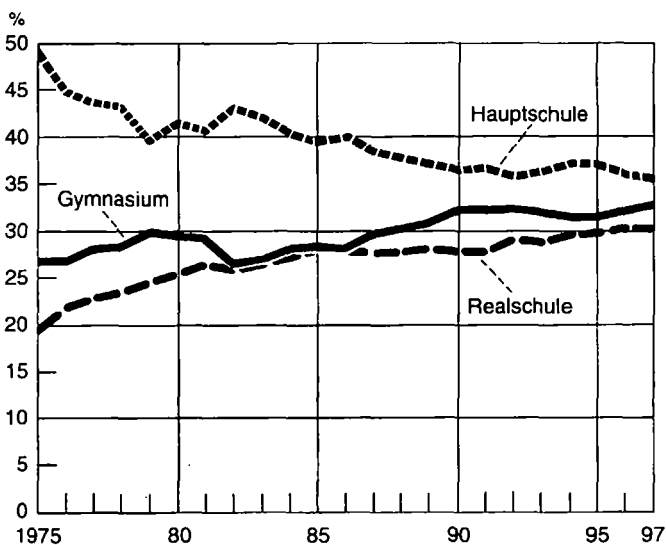
Wieder mehr Arbeitsplätze

Nach langen fünf Jahren des Stellenabbaus gab es im Jahr 1998 in Baden-Württemberg erstmals wieder mehr Arbeitsplätze. Wie aus den aktuellsten endgültigen Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit hervorgeht, standen Ende März 1998 in Baden-Württemberg 3 654 400 Arbeitnehmer in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis, etwa genauso viele wie im Frühjahr 1997. Vorläufige Ergebnisse auf Stichprobenbasis zeigen an, daß sich die Beschäftigungslage bis Juli 1998 weiter verbessert hat. Damit hat die im Frühjahr festgestellte Stagnation gegenüber dem Vorjahresniveau im weiteren Jahresverlauf einem Aufwärtstrend Platz gemacht.

Die eigentliche Talsohle der Beschäftigung war bereits in der zweiten Jahreshälfte 1997 erreicht, doch lag die Zahl der Arbeitsplätze bis zum Frühjahr 1998 noch unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Maßgeblich für die Verbesserung der Beschäftigungslage im Land war das forcierte Wachstum der Wirtschaft, und zwar insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe. In diesem beschäftigungsstärksten Wirtschaftsbereich nahm die Beschäftigtenzahl im März 1998 binnen Jahresfrist um 0,5 % oder knapp 7 000 Beschäftigte zu, nachdem in den zurückliegenden fünf Jahren in erheblichem Umfang Stellen abgebaut worden waren. Verbessert hat sich die Beschäftigtensituation auch bei den sogenannten Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne – wie beispielsweise Planungs- und Beratungsbüros. Dort hat sich die Nachfrage nach Personal bis Juli 1998 wieder stärker erhöht, nachdem in den Monaten zuvor der Stellenzuwachs im Vergleich zum Vorjahr fast zum Erliegen gekommen war. Neben dem Verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistungsunternehmen im

Schaubild 1

Übergangsquoten aus Grundschulen auf weiterführende Schulen in Baden-Württemberg 1975 bis 1997



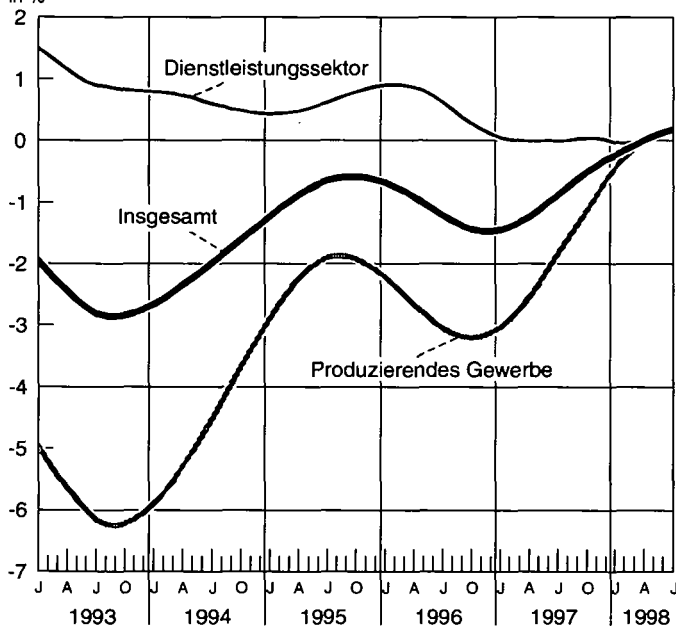
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

468 98

Schaubild 2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg seit 1993

Veränderung der saisonbereinigten Beschäftigtenzahlen gegenüber dem Vorjahr in %



Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

470 98

engeren Sinne benötigten auch die Organisationen ohne Erwerbszweck einschließlich der privaten Haushalte mehr Personal, so daß sich 1998 durch die positiven Tendenzen in diesen drei Wirtschaftsbereichen die Lage bei insgesamt zwei Dritteln

Tabelle 6

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet¹⁾ im März 1998

Wirtschaftsabteilungen ¹⁾	Baden-Württemberg		Bundesgebiet
	1 000	Veränderung gegenüber März 1997 in %	
Wirtschaftsabteilungen zusammen ²⁾ ..	3 654,4	0,0	- 0,1
davon			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ..	27,2	- 2,3	+ 0,3
Energie, Bergbau	34,0	- 2,2	- 3,7
Verarbeitendes Gewerbe	1 470,8	+ 0,5	- 0,5
Baugewerbe	218,4	- 2,6	- 2,2
Handel	461,9	- 2,3	- 1,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	139,8	- 0,7	+ 0,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	146,0	- 0,7	- 0,3
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	868,3	+ 1,6	+ 2,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	84,4	+ 1,3	+ 0,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	203,5	- 0,6	- 3,2

¹⁾ Früheres Bundesgebiet. – 1) Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. – 2) Einschließlich "Ohne Angaben."

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land verbessert hat. Das verbleibende Drittel ist immer noch von den Einsparungen in den übrigen Wirtschaftsbereichen betroffen. Ende März 1998 standen bei den Handelsunternehmen 11 100 Personen weniger in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis als ein Jahr zuvor, im Baugewerbe waren es 5 800 Beschäftigte weniger. Auch beim Staat, im Kredit- und Versicherungsgewerbe und bei Verkehrsunternehmen einschließlich Nachrichtenübermittlung werden immer noch Arbeitsplätze reduziert.

Die Entwicklungen der Beschäftigtenzahlen gemäß der Fachstatistiken im Verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe und dem Einzelhandel deuten darauf hin, daß sich auch die Beschäftigungslage in der zweiten Jahreshälfte 1998 weiter gebessert hat. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich der Stellenzuwachs von Januar bis September 1998 im Vergleich zum Vorjahr von + 9 000 auf + 25 000 verstärkt. Im Einzelhandel und im Bauhauptgewerbe erreichten die Beschäftigtenzahlen zwar noch nicht das Vorjahresniveau, eine Annäherung war aber bereits zu beobachten.

Beschäftigungsschwelle lag bei 3 % Wirtschaftswachstum

Die Entwicklung der Beschäftigungslage ebenso wie die des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg zeigte im Zeitraum 1997/98 große Ähnlichkeiten mit der Situation in den Jahren 1984/85. Parallel zu einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von real knapp 3 % ging die Arbeitslosigkeit zurück und setzte der Beschäftigungszuwachs ein. Diese sogenannte „Beschäftigungsschwelle“, die das Wirtschaftswachstum markiert, ab dem die Beschäftigung wieder zunimmt, war aktuell also ähnlich hoch wie Mitte der 80er Jahre. Dies bedeutet jedoch nicht, daß heute – absolut betrachtet – bei gleichem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Leistung genauso viele Arbeitsplätze geschaffen werden wie in vergleichbaren Situationen während der 80er Jahre. Der Produktivitätsfortschritt hat bewirkt, daß heutzutage jede zusätzliche DM reale Bruttowertschöpfung mit weniger Personal erwirtschaftet werden kann als noch vor Jahren. Die Beschäftigtenzahl entwickelte sich somit weniger dynamisch als die von den Arbeitnehmern real erbrachte Wirtschaftsleistung.

Positiver Beschäftigungstrend setzt sich 1999 fort

Das Wirtschaftswachstum wird sich im Jahr 1999 zwar im Vergleich zu 1998 beruhigen, doch ist aus mehrererlei Gründen 1999 mit einem weiteren Beschäftigungszuwachs zu rechnen. Die Tatsache, daß im Jahr 1998 der Stellenzuwachs und der Abbau der Arbeitslosigkeit erst bei einem realen Wirtschaftswachstum von 3 % eingesetzt hat, bedeutet nämlich nicht, daß in wachstumschwächeren Jahren der Stellenzuwachs entsprechend abebbt. Bereits im Jahr 1998 sind die Unternehmen – insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe – mit dem vorhandenen Personalbestand an Kapazitätsgrenzen gestoßen. Nachdem die Unternehmen seit der Rezession 1993 in noch nie dagewesenem Umfang ihre Produktion verschlankt und effizienter gemacht haben, kann man davon ausgehen, daß die Rationalisierungspotentiale – insbesondere in der Industrie – weitgehend erschöpft sind, so daß eine höhere Wirtschaftsleistung im Jahr 1999 nicht mit genauso vielen oder sogar mit weniger Arbeitskräften erbracht werden kann als 1998. Die sogenannte Beschäftigungsschwelle kennzeichnet somit insbesondere in konjunkturellen Erholungsphasen im unmittelbaren Gefolge einer Rezession die Mindestwachstumsrate des wirtschaftlichen Leistungsniveaus.

Für eine weitere Verbesserung der Beschäftigungslage spricht auch, daß das nachlassende Wachstumstempo vor allem auf eine weniger schwungvolle Auslandsnachfrage zurückzuführen sein wird. Die Inlandsnachfrage wird somit Stütze der konjunkturellen Entwicklung im Land bleiben. Gerade die Entwicklung der Inlandsnachfrage ist von besonderer Bedeutung für die künftige Beschäftigungslage. Im beschäftigungsstarken Verarbeitenden Gewerbe ist seit der zweiten Jahreshälfte 1997 ebenso wie bereits in früheren konjunkturellen Aufschwungphasen zu beobachten, daß die Unternehmen erst dann wieder Personal einstellen, wenn die Inlandsnachfrage an Stabilität und Kraft gewinnt. Im Baugewerbe signalisiert die Auftragslage eine künftige Verbesserung der Ertragslage der Bauunternehmen, so daß der Stellenabbau allmählich nachlassen wird. Im Einzelhandel bleibt es fraglich, ob die in Aussicht stehende Konsumbelebung die Ertragslage der Unternehmen so verbessert, daß sich diese auch positiv auf die Beschäftigungslage auswirkt. Die unternehmensnahen Dienstleistungsbetriebe – allen voran die Anbieter von Planungs- und Beratungsdienstleistungen – dürften nach Jahren der Rationalisierung wieder mehr Personal benötigen. Gedämpft wird der Beschäftigungszuwachs im Jahr 1999 durch die zu erwartenden weiteren Stelleneinsparungen bei Energieversorgungsunternehmen, im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Banken- und Versicherungssektor sowie beim Staat.

Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt hat sich 1998 verbessert. Die lang ersehnte Entlastung des Arbeitsmarktes spiegelte sich in den ersten zehn Monaten 1998 in allen wichtigen Arbeitsmarktindikatoren wider. Seit Jahresbeginn lag die Zahl der Arbeitslosen bis einschließlich Oktober in jedem Monat unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Zahl der Kurzarbeiter sank in diesem Zeitraum kräftig, und die Arbeitsämter meldeten deutlich mehr Stellenangebote.

Die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt deutete sich bereits Mitte des Jahres 1997 an. Bei sinkender Kurzarbeit und steigenden Stellenangeboten signalisierten die saisonbereinigten Arbeits-

losenzahlen das Ende des ansteigenden Trends. Allerdings lag zu dieser Zeit die Zahl der Arbeitslosen noch über dem vergleichbaren Vorjahresniveau. Seither hat sich die Lage immer mehr entspannt, und im Oktober 1998 waren im Südwesten noch knapp 328 000 Menschen arbeitslos – fast 44 000 weniger als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate gab es rund 31 000 Arbeitslose weniger im Land als noch ein Jahr zuvor. Bis zum Jahresende dürfte sich diese Entlastung noch verstärkt haben, weil sich der Rückgang von knapp 15 000 im ersten Quartal auf fast 42 000 im dritten Quartal verstärkt hat. Auch die auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote hob sich von Monat zu Monat signifikanter vom Vorjahreswert ab und lag im Oktober 1998 mit 7,4 % um deutliche 1,1 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitslosen bis Herbst 1998 in etwa auf das Niveau zu Beginn des Jahres 1996 zurückgegangen. Trotz des Rückgangs hat die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg – gemessen an den Hochkonjunkturjahren 1990 bis 1992 – aber nach wie vor ein hohes Niveau.

Die Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt äußerte sich auch in der Entwicklung der offenen Stellen und der Kurzarbeit. In den ersten zehn Monaten 1998 wurden den Arbeitsämtern mit durchschnittlich fast 65 000 offenen Stellen pro Monat über 14 000 Stellenangebote mehr gemeldet als noch vor einem Jahr. Zu dieser Entwicklung hat vor allem die Industrie beigetragen, die bei guter konjunktureller Entwicklung mehr Personal benötigte, nachdem sie im Jahresverlauf 1998 mit dem vorhandenen Personal an Kapazitätsgrenzen gestoßen war. Die Kurzarbeit ging nämlich weiter zurück und erreichte im Herbst 1998 saisonbereinigt fast ein so niedriges Niveau wie zuletzt im Hochkonjunkturjahr 1990. Im Oktober 1998 arbeiteten im Land nur noch rund 9 500 Arbeitnehmer kurz.

Bedenkt man, daß den Arbeitsämtern zur Durchführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen 1998 engere Grenzen gesetzt waren als noch 1997, sind die Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt noch positiver zu werten. Von Januar bis Oktober 1998 registrierten die Arbeitsämter in Baden-Württemberg durchschnittlich rund 22 500 Teilnehmer an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen, und im Schnitt nahmen monatlich 3 200 Beschäftigte an Arbeits-

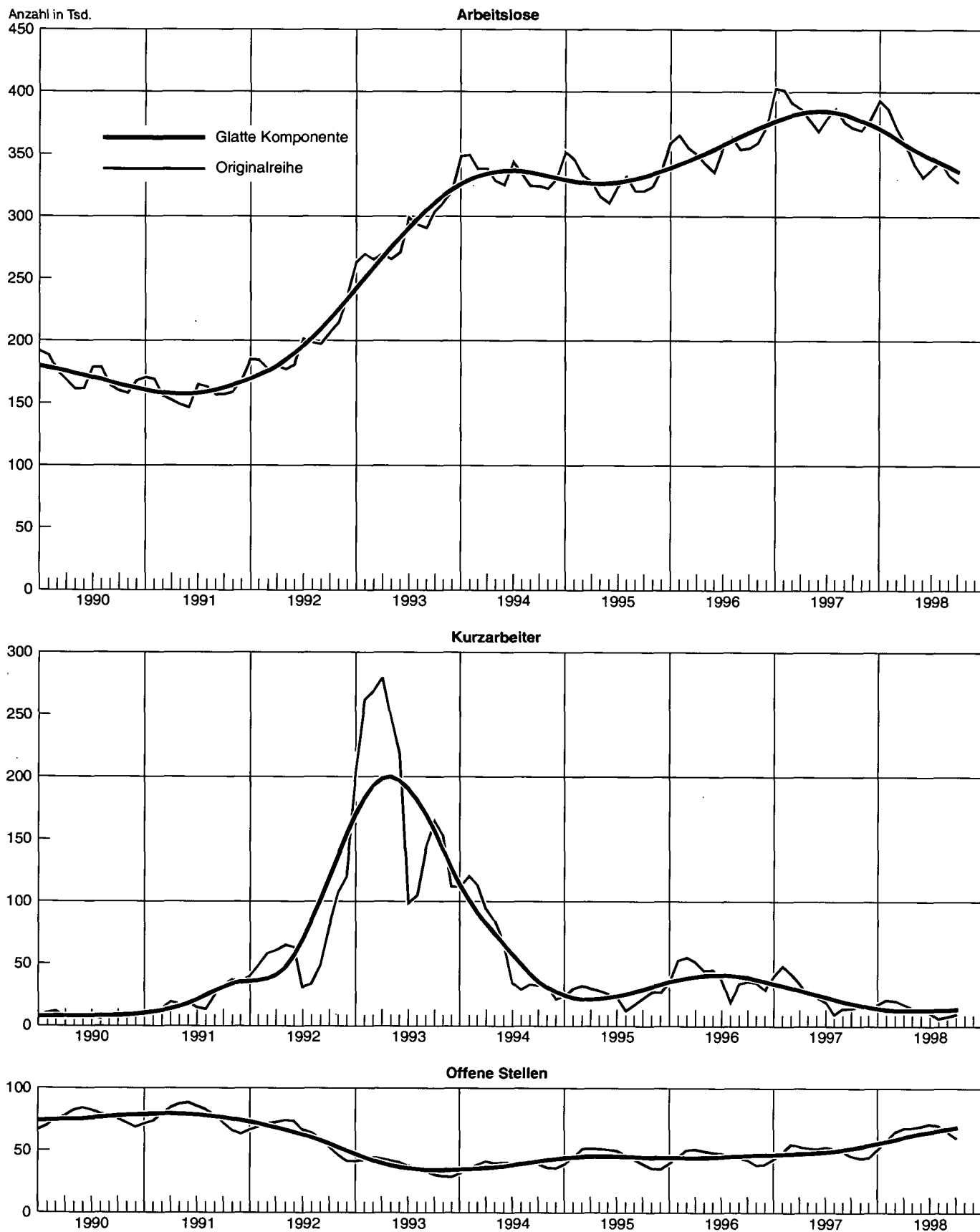
Tabelle 7
Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg 1998

Arbeitsmarktindikator	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Anzahl										
Arbeitslose	393 318	386 528	370 813	358 557	341 795	331 410	337 871	344 431	332 882	327 935
Kurzarbeiter	17 445	20 963	20 298	17 567	14 518	13 209	10 565	6 083	7 749	9 610
Offene Stellen	50 682	57 793	65 281	68 038	68 356	69 741	71 453	70 091	65 088	60 356
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
Arbeitslose	- 2,4	- 3,7	- 5,1	- 7,3	- 9,4	- 10,0	- 10,8	- 10,9	- 11,3	- 11,7
Kurzarbeiter	- 56,2	- 56,5	- 51,8	- 48,7	- 44,3	- 43,5	- 44,5	- 34,6	- 44,5	- 32,0
Offene Stellen	+ 17,9	+ 19,4	+ 18,4	+ 27,8	+ 30,8	+ 35,5	+ 35,6	+ 36,8	+ 32,3	+ 32,5
%										
Arbeitslosenquote ¹⁾	9,0	8,8	8,5	8,1	7,7	7,5	7,6	7,8	7,5	7,4

1) Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

Schaubild 3
Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1990*)



*) Originalreihen und glatte Komponenten; Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen.

beschaffungsmaßnahmen teil. 1997 lag die Zahl der Teilnehmer an beruflichen Weiterbildungs- und ABM-Maßnahmen noch um 9 000 bzw. knapp 600 höher. Bei Aufrechterhaltung des Angebots wäre die Arbeitslosigkeit 1998 noch stärker zurückgegangen.

1999 weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Wenngleich der konjunkturelle Aufschwung im Jahr 1999 nicht mehr so kraftvoll sein wird wie 1998, so ist doch mit einer weiteren Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen. Trotz der Unsicherheit über die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung wird insbesondere die Industrie nicht ohne zusätzliches Personal auskommen, zumal die Kapazitätsreserven wegen der starken Rückführung der Kurzarbeit weitgehend erschöpft sind.

Generell dürfte es jedoch im Vergleich zu früheren konjunkturellen Erholungsphasen schwieriger sein, das immer noch hohe Niveau der Arbeitslosigkeit wieder abzubauen, weil sich in den letzten Jahren mit zunehmendem Niveau der Arbeitslosigkeit auch deren Struktur gewandelt hat. Seit Beginn der 80er Jahre hat die Zahl der Langzeitarbeitslosen stark zugenommen, und mit zunehmender zeitlicher Distanz zur letzten Berufstätigkeit haben Arbeitslose immer weniger Chancen, eine neue Stelle zu finden. Im September 1998 ist die Zahl der Arbeitslosen, die bereits seit mindestens zwei Jahren einen Arbeitsplatz suchen, im Vergleich zum Vorjahresmonat um 8 % gestiegen, während die Zahl der Arbeitslosen, die weniger als zwei Jahre ohne Arbeit waren, um fast 15 % zurückging. Die Zahl der sogenannten Langzeitarbeitslosen, die länger als ein Jahr ohne Anstellung sind, betrug im September 1998 fast 119 000 und machte 36 % aller Arbeitslosen aus. In früheren Jahren hoher Arbeitslosigkeit, wie beispielsweise 1983 oder 1988, betrug dieses Verhältnis noch 18 % bzw. 25 %. Hinzu kommt, daß immer mehr ältere Menschen arbeitslos sind, die es bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz besonders schwer haben. Im September 1998 war über ein Viertel aller Arbeitslosen mindestens 55 Jahre alt, in den Jahren 1983 und 1988 dagegen nur 10 bzw. 15 %. Von den fast 90 000 älteren Arbeitslosen waren im September 1998 rund 60 % bereits länger als ein Jahr auf der Suche nach einem Arbeitsplatz.

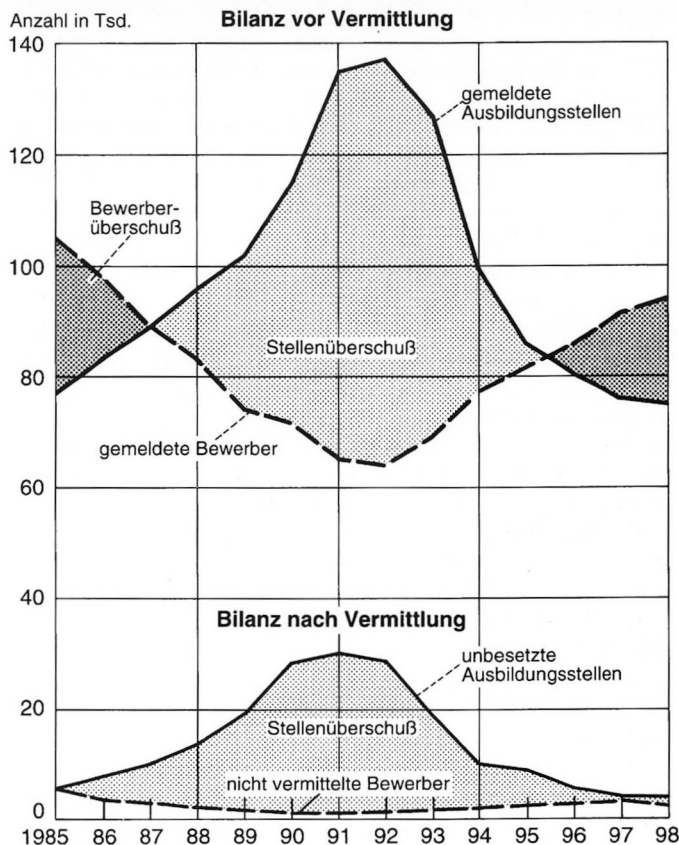
Ausbildungsstellenmarkt:

Erste Lichtblicke, ...

Der baden-württembergische Ausbildungsstellenmarkt profitierte 1998 von der guten konjunkturellen Entwicklung. Erstmals seit dem Berufsberatungsjahr 1990/91 hat sich die Bilanz auf dem Lehrstellenmarkt nach Vermittlung wieder leicht verbessert. Ende September 1998 waren bei den Arbeitsämtern rund 3 700 Berufsausbildungsstellen noch unbesetzt und 2 200 Bewerber noch nicht vermittelt. Hieraus ergab sich ein Überschuß von 1 500 noch nicht vermittelten Ausbildungsstellen, der erstmals wieder größer ausfiel, nachdem dieser von 1991 bis 1997 kontinuierlich von 29 000 auf knapp 900 geschrumpft war.

Eine leichte Besserungstendenz des Ausbildungsstellenmarktes zeigte sich auch in dem Verhältnis der von der Arbeitsverwaltung registrierten Bewerber- und Lehrstellenzahlen, das ein wichtiger Frühindikator für die Entwicklung auf dem Ausbildungs-

Schaubild 4
**Bewerber und Ausbildungsstellen
in Baden-Württemberg seit 1985**



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

461 98

stellenmarkt ist. Die Bilanz vor Vermittlung war zwar 1998 – wie bereits in den beiden Jahren zuvor – negativ, nachdem bei der Arbeitsverwaltung in Baden-Württemberg bis zum Ende des Berufsberatungsjahres 1997/98 wiederum weniger Lehrstellenangebote als Lehrstellengesuche eingingen. Maßgeblich für diese Entwicklung war, daß das Lehrstellenangebot im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückging und nochmals mehr junge Leute eine Lehrstelle suchten. Der Nachfrageüberhang nahm aber nicht mehr so stark zu wie in den Jahren zuvor. Der Andrang auf den Lehrstellenmarkt war 1998 mit 3 % mehr Bewerbern nämlich nur noch knapp halb so stark ausgeprägt wie in den Jahren 1996 und 1997 (1997: + 6,8 %, 1996: + 5,1 %). Hinzu kommt, daß das Angebot an Lehrstellen wegen des günstigen konjunkturellen Umfelds und nach gemeinsamen Anstrengungen von Politik und Wirtschaft zuletzt nicht mehr so stark zurückgegangen ist wie noch in den beiden Jahren zuvor (1998: – 1,1 %, 1997: – 5,5 %, 1996: – 6 %). Seit dem Berufsberatungsjahr 1991/92 sank das Angebot an Ausbildungsstellen um mehr als 62 000, während sich die Zahl der Lehrstellenbewerber im gleichen Zeitraum um mehr als 30 000 erhöhte.

Die Tatsache, daß auch 1998 bei den Arbeitsverwaltungen mehr Bewerber als Lehrstellen gezählt wurden, macht trotz leichter Verbesserung die anhaltende Anspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt deutlich. Besteht nämlich eine große Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, nehmen Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, häufiger die Unterstützung der Arbeitsämter in

Anspruch, während umgekehrt ausbildende Betriebe und Verwaltungen weniger häufig als sonst die Arbeitsverwaltung einschalten. Ein Teil der gemeldeten Bewerber findet somit Ausbildungsplätze, die nicht über die Arbeitsämter angeboten wurden.

Für einige Berufsgruppen meldeten die Arbeitsverwaltungen im Berufsberatungsjahr 1997/98 ein höheres Angebot an Ausbildungsstellen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg das Lehrstellenangebot nicht nur bei den Verkehrsberufen, den Verwaltungs- und Büroberufen und den technischen Berufen, sondern erstmals auch wieder bei den Metallberufen und Elektrikern. Dagegen hat sich bei allen übrigen Berufsgruppen das Stellenangebot weiter verringert.

Am ungünstigsten waren 1998 die Chancen auf einen Ausbildungsplatz bei den Rechts-, Medizin-, Kunst- und Sozialberufen mit 220 Bewerbern auf 100 angebotene Lehrstellen, gefolgt von den technischen Berufen mit 170 und den Verwaltungs- und Büroberufen mit fast 150. Wegen des höheren Stellenangebots waren die Aussichten bei den technischen Berufen und in der Berufsgruppe der Elektriker jedoch besser als ein Jahr zuvor. Auch im Baugewerbe gab es 1998 – wie bereits 1997 zu beobachten war – mehr Bewerber als Ausbildungsplätze. Dort reagierten die Jugendlichen jedoch auf das knappe Angebot an Lehrstellen mit einem Rückgang an Bewerbungen.

Vergleichsweise gute Chancen auf einen Ausbildungsplatz hatten dagegen 1998 wie schon in den Jahren zuvor Jugendliche, die Verkehrs-, Ernährungs- und Metallberufe ergreifen wollten. Bei den Verkehrsberufen betrug das Verhältnis zwischen Bewerbern und angebotenen Lehrstellen 45:100, bei den Ernährungsberufen knapp 80:100. Bei den Metallberufen halten sich Angebot und Nachfrage mittlerweile fast die Waage. Dort kamen auf 100 angebotene Lehrstellen rund 95 Bewerber.

... aber noch keine Entwarnung

Trotz erster, allerdings noch recht zaghafter Besserungstendenzen kann für den Ausbildungsstellenmarkt noch keine Entwarnung gegeben werden. In den kommenden Jahren wird die Suche nach Ausbildungsplätzen für die Jugendlichen eher noch schwerer. Der Lehrstellenbedarf wird bis zum Jahr 2006 wegen der bis dahin steigenden Schülerzahlen zunehmen. Alleine im Jahr 1999 besteht im Vergleich zu 1998 ein zusätzlicher Bedarf von 1 000 bis 2 000 Lehrstellen¹. Damit ist die Ausbildungsbereitschaft der baden-württembergischen Betriebe und Verwaltungen noch mehr gefragt als im vergangenen Jahr, in dem die konjunkturellen Rahmenbedingungen ausgesprochen günstig waren. Erschwert wird die Lage im Jahr 1999 auch dadurch, daß immer noch sehr viele Jugendliche nach ihrem Schulabschluß eine Warteschleife durchlaufen. Allerdings hat sich – anders als in den Jahren zuvor – ihre Zahl nicht mehr weiter erhöht. Im Jahr 1998 haben nach vorläufigen Berechnungen zwischen 11 000 und 12 000 Jugendliche – etwa genauso viele wie 1997 – am Berufsvorbereitungsjahr teilgenommen. Diese werden 1999 als Altnachfrager zusätzlich auf den Ausbildungsstellenmarkt treten.

¹ Vgl. Wörner, Manfred: Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen aus längerfristiger Sicht, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1997, S. 233 - 237.

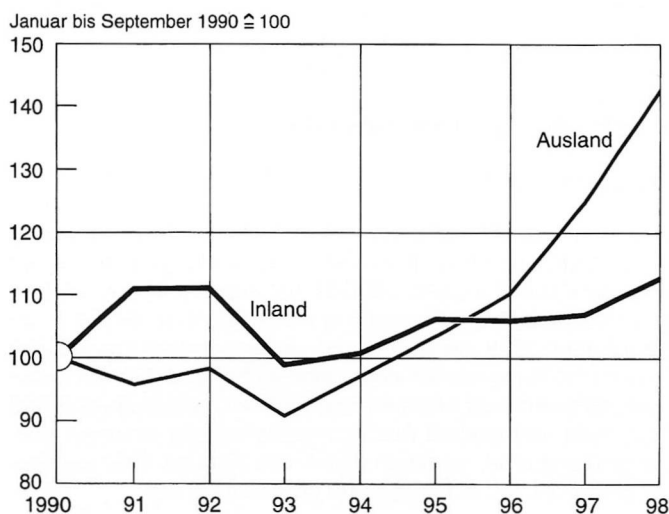
Verarbeitendes Gewerbe

Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung hat sich im Verarbeitenden Gewerbe 1998 fortgesetzt und weiter an Kraft gewonnen. In den ersten neun Monaten nahm die Produktion um knapp 7 % und der wertmäßige Umsatz sogar um gut 8 % gegenüber dem Vorjahr zu. Konjunkturlokomotive war wieder einmal der Export. Die baden-württembergische Industrie profitierte vom Rückgang der Lohnstückkosten und der Einfuhrpreise von Rohstoffen, indem sich über eine Entlastung der Kostenseite preisliche Vorteile im internationalen Wettbewerb ergaben. Zwar verloren die Wachstumsimpulse aus dem Ausland im Jahresverlauf deutlich an Schwung, dieser Dynamikverlust wurde aber durch eine spürbar anziehende Inlandsnachfrage zumindest teilweise wettgemacht. So ist die Binnennachfrage im Verlauf des Jahres 1998 zu einer zweiten Stütze der Aufwärtsentwicklung geworden. Dadurch hat der lange Zeit einseitig von der boomenden Auslandsnachfrage geprägte Aufschwung an Stabilität und Kraft gewonnen.

Exporte: Vom Boom zur Konsolidierungsphase

Nachdem die Auslandsgeschäfte 1993 einen Tiefpunkt erreicht hatten, ging die baden-württembergische Industrie in den Folgejahren im Ausland auf Expansionskurs, der sich seit 1996 noch deutlich verstärkt hat. Dieser kräftige Aufwärtstrend hielt auch 1998 an. Im vergangenen Jahr nahmen die Auslandsumsätze zwischen Januar und September mit + 14 % gegenüber dem Vorjahr nochmals kräftig zu. Die Nachfrage aus dem Ausland kam in erster Linie den Automobilproduzenten zugute. Diese steigerten in den ersten drei Quartalen 1998 ihre Auslandsumsätze gegenüber dem Vorjahr um knapp 28 %. Nutznießer des Auto-booms war aber auch die zuliefernde Metallbranche, die ein Plus von 12 % verbuchte. Auch der Bereich „EDV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ meldete mit einem Zuwachs von 12 %

Schaubild 5
Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe*) Baden-Württembergs seit 1990
Jeweils Januar bis September



*) Ab 1995 neue Systematik (WZ 93). Die Angaben sind mit jenen vor 1995 nur eingeschränkt vergleichbar.

zweistellige Zuwachsraten im Auslandsgeschäft. Die Auslandsumsätze des Maschinenbaus lagen nach neun Monaten ebenfalls deutlich, nämlich um gut 8 %, über dem Vorjahr. Ein Blick auf die einzelnen Quartalsergebnisse zeigt jedoch in allen bedeutenden Branchen ein deutliches Nachlassen der Exportdynamik im Verlauf des Jahres 1998. Einerseits wurde durch das immer höher werdende Vorjahresniveau ein Basiseffekt wirksam, der die Wachstumsraten 1998 von Quartal zu Quartal geringer ausfallen ließ. Andererseits hat der bedeutende US-amerikanische Absatzmarkt seinen konjunkturellen Zenit inzwischen überschritten, so daß die Nachfrageimpulse von dort allmählich schwächer wurden. Hinzu kommt, daß die Auswirkungen der Währungs- und Finanzkrisen in Südostasien, Lateinamerika und Rußland für die Gesamtentwicklung der baden-württembergischen Exporte zwar nicht dramatisch waren, aber durchaus in einzelnen Branchen und Unternehmen dämpfende Effekte hinterließen.

Diese dämpfenden Effekte werden bis ins Jahr 1999 wirksam, so daß die vom Export ausgehenden Wachstumsimpulse weiter nachlassen werden. Hinzu kommt, daß sich der Außenwert der D-Mark gegenüber dem US-Dollar im Laufe des Jahres 1998 merklich gefestigt hat: Im September lag er um fast 7 % höher als noch im Januar. Mit der Aufwertungstendenz der D-Mark sind die Rahmenbedingungen für die Ausfuhren in den Dollarraum nicht mehr so günstig wie zuvor. Dagegen wird die Konjunktur in den meisten Ländern der künftigen Europäischen Währungsunion weiter aufwärtsgerichtet bleiben. In diese elf Länder gehen immerhin fast 40 % der baden-württembergischen Exporte. Die zu erwartende stärkere Nachfrage aus dem europäischen Binnenmarkt dürfte die Einbußen im Nordamerika- und Südostasiengeschäft zumindest teilweise kompensieren.

Inlandsnachfrage wird zweite Stütze des Aufschwungs

Im Winterhalbjahr 1997/98 sprang nach klassischem konjunkturellen Verlaufsmuster der zündende Funke endlich vom Export auf die Inlandsnachfrage über. Die Inlandsumsätze des Verarbeitenden Gewerbes sind damit zu einer zweiten Stütze des Aufschwungs geworden. Begünstigt durch zwei zusätzliche Arbeitstage und die vorgezogenen Käufe von Gütern im Hochpreissegment wegen der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April hat die Nachfrage aus dem Inland im Frühjahr 1998 erkennbar Fahrt aufgenommen. Kalenderbereinigt behielt die Inlandsnachfrage das vorgelegte Tempo in den darauffolgenden Monaten annähernd bei, so daß die Inlandsumsätze des entsprechenden Vorjahreszeitraums in den ersten drei Quartalen 1998 um über 5 % gesteigert werden konnten. Nach dem tiefen Einbruch 1993 und der darauffolgenden, lang andauernden Schwächephase haben sie zwischen Januar und September 1998 erstmals das Niveau der Hochkonjunkturjahre 1991/92 übertroffen. Getragen wurde das Inlandsgeschäft 1998 hauptsächlich vom Fahrzeugbau, der im Vorjahresvergleich Zuwächse von gut 13 % erreichte. In dessen Windschatten erzielten auch die zuliefernden Metallzeuger ein Umsatzwachstum in Höhe von 10 %.

Klammert man den Fahrzeugbau aus den Investitionsgüterbranchen aus, trübte sich das bis zum Frühjahr freundlichere inländische Investitionsklima im weiteren Jahresverlauf wieder ein. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung steigerten die Maschinenbauunternehmen ihren Inlandsumsatz in den ersten drei Quartalen „nur“ um 3 1/2 % gegenüber dem Vorjahr. Die Inlandsumsätze im Bereich „Meß-, Steuer- und Regelungstechnik“ blieben trotz guten Frühlingsgeschäfts von Januar bis September 1998 sogar 2 % unter dem Vorjahresniveau. Die Rahmenbedin-

gungen für zusätzliche Investitionen bleiben jedoch alles in allem günstig. Zwar bestehen hinsichtlich der künftigen Tarifabschlüsse noch gewisse Unsicherheiten, aber niedrige Zinsen und eine hohe Kapazitätsauslastung lassen erwarten, daß sich die verhaltenere Investitionsnachfrage allmählich wieder stärker entfaltet.

Die inländische Konsumgüternachfrage war 1998 noch schwach. In den ersten drei Quartalen blieben die Inlandsumsätze der bedeutendsten Verbrauchsgüterproduzenten hinter dem ohnehin schwachen Vorjahresniveau zurück. Das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung lagen um über 1 %, das Bekleidungs-gewerbe sogar um mehr als 4 % im Minus. Von den Gebrauchsgüterproduzenten profitierte lediglich die Möbelbranche von einer lebhafteren Nachfrage. Dank steigender Beschäftigung und verbesserter Einkommensperspektiven dürfte sich die Nachfrage nach Konsumgütern 1999 insgesamt gut stabilisieren.

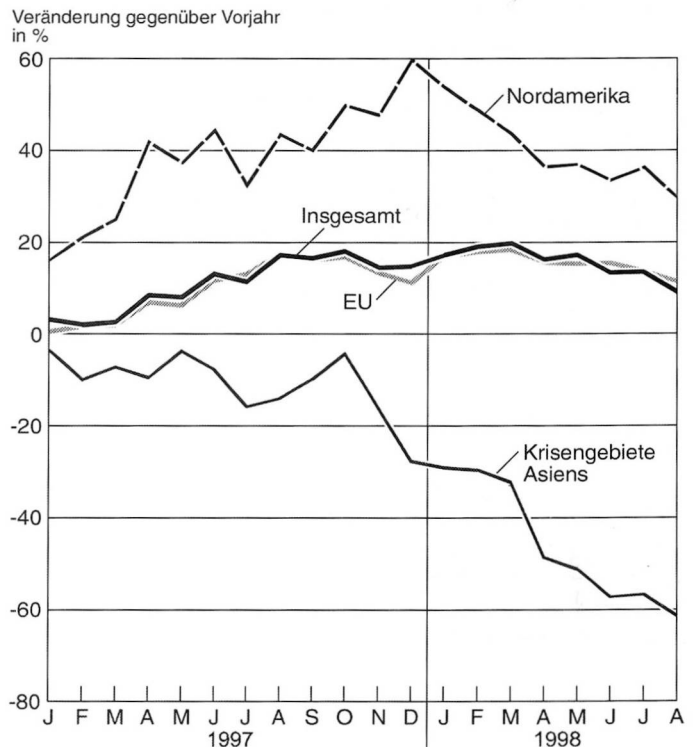
Außenhandel

Der Export expandierte im Jahr 1998 kräftig und bestimmte maßgeblich den konjunkturellen Aufschwung in Baden-Württemberg. Von Januar bis August 1998 konnten die heimischen Unternehmen Waren im Gesamtwert von 108,6 Mrd. DM an ausländische Kunden liefern, gut 14 % mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Auslandsnachfrage blieb damit auch im

Schaubild 6

Exporte Baden-Württembergs insgesamt, in die EU, nach Nordamerika und in die Krisengebiete Asiens*) seit 1997

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte



*) Thailand, Indonesien, Malaysia und Südkorea.

bisherigen Jahresverlauf die dynamischste Nachfragekomponente und war die wesentliche Stütze der konjunkturellen Entwicklung.

Im Laufe des Jahres zeichnete sich beim Export eine ruhigere Gangart ab, nachdem die Rahmenbedingungen für florierende Auslandsgeschäfte angesichts des hohen Ausgangsniveaus, der Unsicherheit über die weltwirtschaftliche Entwicklung und der Aufwertungstendenzen der D-Mark nicht mehr so günstig waren wie zu Jahresbeginn. Hierzu kommt, daß der Konjunkturzyklus im Ausland bereits einen höheren Reifegrad erreicht hat als hierzulande.

Starke Zuwächse der Exporte in die USA ...

Insbesondere die baden-württembergischen Warenlieferungen in die Vereinigten Staaten verbuchten kräftige Zuwachsraten. Dank einer robusten Inlandsnachfrage konnte die US-Wirtschaft die Belastungen auf der Exportseite durch die Aufwertung des Dollars und die Wirtschaftskrise in Asien nahezu ausgleichen. Die von den Vereinigten Staaten ausgehenden Impulse auf die heimische Exportwirtschaft blieben daher kräftig und sorgten für einen neuerlichen Absatzrekord. Bis August 1998 konnten die Exporte nochmals um gut ein Drittel auf rund 17 Mrd. D-Mark gesteigert werden, so daß mittlerweile gut 15 % der Exporterlöse in den Vereinigten Staaten erzielt werden.

... und in die EU-Länder

In der EU setzte sich 1998 die wirtschaftliche Belebung fort. Auch dort gingen die Auftriebskräfte in immer stärkerem Maße von der Auslands- auf die Inlandsnachfrage über, wodurch sich die Basis des Aufschwungs verbreiterte. Größere Stabilität erhielt der Aufschwung auch durch die allmähliche Angleichung der Konjunkturzyklen in den einzelnen EU-Ländern. Dies machte sich auch in den Exportzahlen bemerkbar. Konnten die baden-württembergischen Exporteure im Jahr 1997 ihre Warenlieferungen in die EU nur um knapp 6 % steigern, fiel der Zuwachs in den ersten acht Monaten des Jahres 1998 mit gut 15 % mehr als doppelt so stark aus. Innerhalb der EU wurden die stärksten Exportzuwächse in den großen Flächenstaaten realisiert. Besonders dynamisch entwickelten sich die Warenlieferungen nach Spanien und Italien mit Zuwachsraten von 26 % bzw. 23 %. Die Exporte nach Frankreich konnten um 17 % gesteigert werden. Auch in Großbritannien erzielten die heimischen Unternehmen mit einem Plus von 13 % wieder ein gutes Ergebnis. Allerdings werden die von Großbritannien ausgehenden Nachfrageimpulse zunehmend schwächer.

Die Bedeutung der mittel- und osteuropäischen Reformländer für die baden-württembergische Wirtschaft ist weiter gestiegen. Von Januar bis August 1998 stiegen die baden-württembergischen Warenlieferungen in diese Länder um gut 21 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mittlerweile gehen rund 8 % der baden-württembergischen Exporte in diese Region, was in etwa dem Gewicht der Ausfuhren nach Großbritannien entspricht. Die geplante Erweiterung der EU um Polen, Ungarn und die Tschechische Republik verheißt eine weitere Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa, zumal dort noch erhebliche Modernisierungspotentiale ruhen.

Hohe Verluste in Asien

Die baden-württembergischen Exporteure mußten bei den Warenlieferungen ins krisengeschüttelte Ost- und Südostasien starke Einbußen verkraften. Die Ausfuhren in die ASEAN-Länder

Tabelle 8
Ausfuhr Baden-Württembergs Januar bis August 1998 nach Handelspartnern

Handelspartner	Ausfuhr (Spezialhandel)			
	Mill. DM	Anteile	Veränderung gegenüber Januar bis August 1997	Veränderung 1997 gegenüber 1996
			%	
Europa	72 527,2	66,8	+ 15,1	+ 9,0
davon				
EU-Länder	52 770,3	48,6	+ 15,4	+ 5,9
darunter				
Belgien-Luxemburg	3 861,9	3,6	+ 8,2	+ 1,6
Frankreich	11 203,2	10,3	+ 17,0	+ 0,1
Großbritannien	8 370,2	7,7	+ 13,1	+ 18,5
Italien	7 532,1	6,9	+ 23,0	+ 4,5
Niederlande	5 227,7	4,8	+ 10,9	+ 1,0
Österreich	5 329,7	4,9	+ 9,9	+ 0,3
Schweden	2 270,7	2,1	+ 7,1	+ 8,0
Spanien	4 627,8	4,3	+ 26,0	+ 18,5
EFTA-Länder ¹⁾	8 406,1	7,7	+ 11,7	+ 5,3
darunter				
Schweiz	7 335,5	6,8	+ 9,2	+ 4,5
Reformländer ²⁾	8 559,4	7,9	+ 21,2	+ 29,9
darunter				
Polen	1 692,2	1,6	+ 18,3	+ 32,5
Tschechische Republik	1 757,4	1,6	+ 10,9	+ 19,1
Ungarn	1 593,1	1,5	+ 21,9	+ 24,7
Rußland	1 607,3	1,5	+ 27,4	+ 51,9
Übriges Europa	2 791,4	2,6	+ 4,0	+ 27,3
Afrika	2 183,8	2,0	+ 8,2	+ 11,2
Amerika	20 605,7	19,0	+ 31,7	+ 37,7
darunter				
Vereinigte Staaten	16 559,8	15,2	+ 34,3	+ 43,9
Asien	12 182,1	11,2	- 9,0	+ 1,3
darunter				
Japan	2 705,3	2,5	- 16,1	- 8,3
China	1 732,5	1,6	+ 64,3	+ 1,0
ASEAN-Länder ³⁾	2 057,4	1,9	- 31,1	- 5,9
Australien und Ozeanien	1 076,2	1,0	+ 19,8	+ 7,0
Insgesamt	108 595,7	100	+ 14,3	+ 11,8

1) Island, Svalbard, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz. - 2) Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, Polen, Tschechische Republik und Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. - 3) Thailand, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

brachen drastisch ein. Von Januar bis August 1998 lagen diese rund ein Drittel unter ihrem Vorjahresniveau. Erhebliche Einbußen von 16 % gab es auch im Exportgeschäft mit Japan. Die tiefe und hartnäckige Wirtschaftskrise brachte die Wachstumskräfte zum Erliegen. Die längerfristigen Wachstumsaussichten bleiben aber günstig. Die Mehrzahl der Krisenländer könnte 1999 die Talsohle durchschritten haben.

Kraftfahrzeuge bestimmten das Auslandsgeschäft

Den bedeutendsten Beitrag zum Exportgeschäft leisteten die Kraftfahrzeuge. Während der ersten acht Monate 1998 stiegen die Ausfuhren von Kraftfahrzeugen um 22 % auf 27,5 Mrd. DM und lösten mit einem Anteil von gut 25 % an den gesamten Ausfuhren des Landes die Maschinenbauerzeugnisse als stärkste Warengruppe ab (26,1 Mrd. DM). Weitere wichtige Exportgüter waren die elektrotechnischen Erzeugnisse mit einem Wert von 14,3 Mrd. DM und die chemischen Erzeugnisse mit 13,9 Mrd. DM. Die Steigerungsrate beim Export chemischer Produkte betrug rund 31 % und übertraf sogar die Zuwachsrate bei den Kraftfahrzeugen. Zu dieser Entwicklung trugen vor allem pharmazeutische Erzeugnisse bei. Die Zuwächse bei Maschinenbau- und elektrotechnischen Erzeugnissen blieben dagegen mit gut 9 % bzw. knapp 8 % deutlich hinter der Gesamtentwicklung zurück.

Exportaussichten gedämpft

Im Jahr 1999 zeichnet sich beim Export eine ruhigere Gangart ab. Bereits im abgelaufenen Jahr nahmen die Auftragseingänge aus dem Ausland von Monat zu Monat mit immer geringeren Raten zu. Mit den Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für florierende Auslandsgeschäfte nämlich schlechter geworden. Kurzzeitig wurde sogar die Möglichkeit einer weltweiten Rezession nicht ausgeschlossen, waren doch mit Asien, Rußland und Südamerika rund 40 % der Weltwirtschaft von einer Rezession betroffen oder standen kurz davor. In den USA, Nordamerika und Europa werden sich die konjunkturellen Auftriebskräfte im Jahr 1999 abschwächen. Die Aussichten für den heimischen Export werden nicht nur durch das Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik gedämpft. Die DM bzw. der Euro dürfte 1999 insgesamt eher etwas stärker tendieren als im bisherigen Jahresverlauf, so daß die Exporte weniger stark als bisher durch die Währungsrelationen begünstigt sind. Hinzu kommt, daß die Produktivitätssteigerungen nicht mehr so hoch ausfallen, die Lohnkosten aber aller Voraussicht nach stärker steigen als in den vergangenen Jahren.

Bauwirtschaft

Nach drei Jahren erstmals wieder mehr Aufträge

Nach drei Krisenjahren, die in der baden-württembergischen Bauwirtschaft tiefe Spuren hinterlassen hatten, hat sich die Baunachfrage im Laufe des Jahres 1998 wieder belebt. Nach schwachem Start lagen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe erstmals seit März wieder spürbar über ihrem Vorjahresniveau. Von Januar bis September 1998 gingen bei den Unternehmen des baden-württembergischen Bauhauptgewerbes knapp 7 % mehr Aufträge ein als ein Jahr zuvor. Hinter dieser positiven Grundtendenz verbergen sich allerdings beträchtliche Unterschiede in den einzelnen Bausparten. Wichtigste Stütze der konjunkturellen Belebung im Bauhauptgewerbe war zweifellos der Tiefbau. Der Auftragseingang lag in dieser Sparte bis September 1998 um knapp 13 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Wesentlich verhaltener entwickelte sich dagegen die Nachfrage im Hochbaubereich. Zwar konnten die Baufirmen bis September auch hier mehr Aufträge verbuchen, mit einem Plus von knapp 3 % verlief die Belebung aber auf deutlich geringerem Niveau als beim Tiefbau.

Stärkste Impulse vom Wirtschaftsbau

In beiden Bausparten gingen die entscheidenden Impulse von der stark gestiegenen Baunachfrage der gewerblichen und industriellen Unternehmen aus. Bis September lagen die Auftrags-eingänge im Wirtschaftshochbau um gut 13 % und im Wirtschaftstiefbau sogar um knapp ein Fünftel über dem Vorjahresniveau. Nachdem die Auslandsnachfrage bereits 1997 kräftig gestiegen war, expandierte im Laufe des Jahres 1998 auch allmählich die Inlandsnachfrage zügiger, so daß die Unternehmen zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen sind. In manchen Branchen, insbesondere im Fahrzeug- und Maschinenbau, sind dadurch die Lieferzeiten beträchtlich gestiegen. Weil kurze Lieferfristen ein wichtiges Verkaufsargument sind, ist die Bereitschaft der Industrie, in die Erweiterung und den Neubau von Fabrik- und Lagergebäuden zu investieren, gestiegen und hat zu einem kräftigen Nachfrageschub im Wirtschaftsbau geführt. Aber auch bei der Nachfrage nach Büroflächen zeichnet sich in einzelnen Regionen eine leichte Besserung ab. Insbesondere in Ballungsräumen können die gestiegenen Mieten für Büroflächen als erste Hinweise eines knapper werdenden Angebots gewertet werden. Ob der Wirtschaftsbau auch im Jahr 1999 an die bisherige Entwicklung anknüpfen kann, wird entscheidend von der weiteren Entfaltung der Inlandsnachfrage abhängen.

Erholung auch im öffentlichen Bau

Auch in der Sparte öffentlicher Bau konnten die Unternehmen einen höheren Auftragseingang verbuchen. Von der höheren Investitionsbereitschaft konnte vor allem der Straßenbau profitieren. Nach drei mageren Jahren lagen hier die Auftragseingänge bis September um knapp 17 % über dem Vorjahr. Weniger stark, aber immer noch deutlich im Plus, waren die Zuwächse im öffentlichen Hoch- und Tiefbau. Obwohl das höhere Auftragsvolumen insgesamt optimistisch stimmt, dürfte die öffentliche Baunachfrage in den nächsten Jahren gedämpft bleiben. In den zurückliegenden Jahren hat sich zwar ein großes Potential an dringlichen Bauvorhaben im Bereich des Tiefbaus – und hier insbesondere im Straßenbau – angesammelt, der Konsolidierungskurs wird den Ausgabenspielräumen der öffentlichen Haushalte aber weiter enge Grenzen setzen. Eine zunehmend freie Entfaltung öffentlicher Bauaufträge ist kaum zu erwarten.

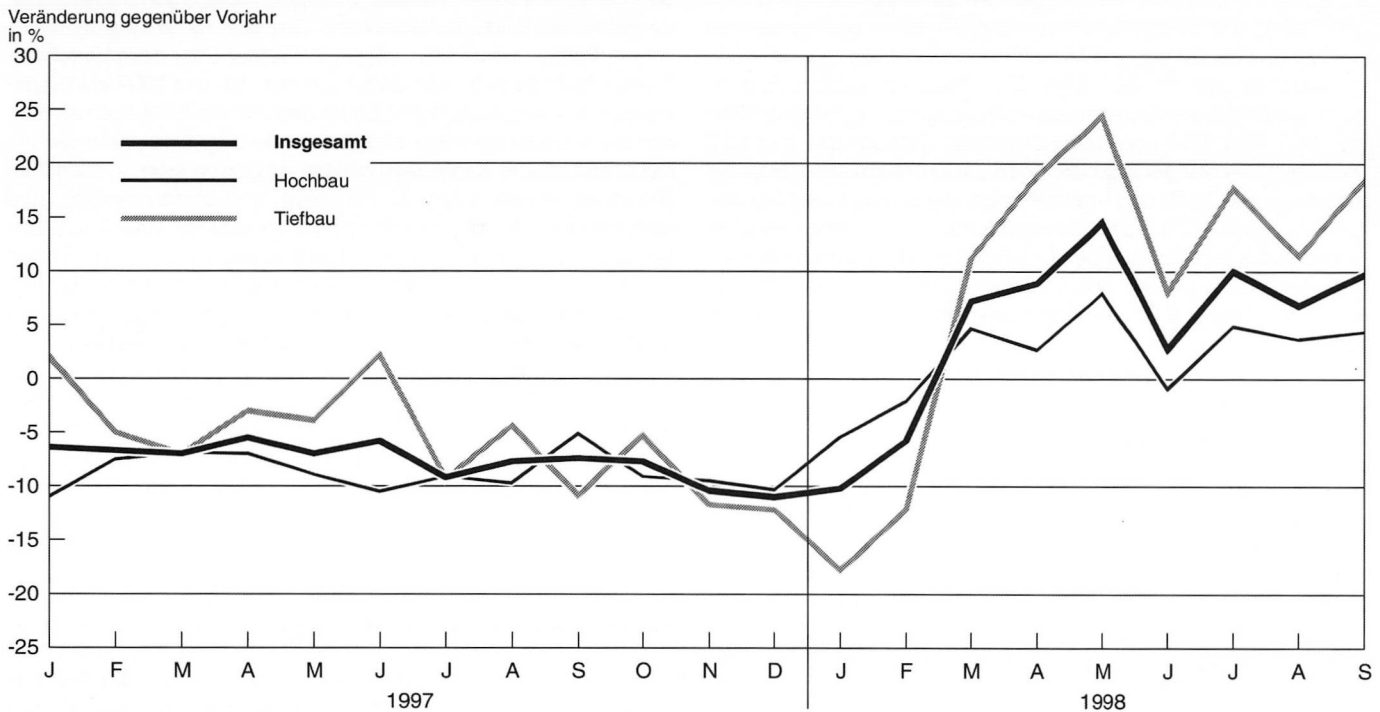
Wohnungsbau weiter im Tief

Anders als im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau ging die Nachfrage nach Wohnungen 1998 weiter zurück. Der Abwärtstrend in dieser mit einem Umsatzanteil von gut 40 % größten Bausparte setzte sich somit fort. Bis einschließlich September erhielt das Bauhauptgewerbe gut 6 % weniger Aufträge für Wohnbauten als im Jahr davor. Damit hat sich im Vergleich zu 1997 der Auftragsrückgang nur leicht verringert. Die entscheidende Schwachstelle war wie in den vergangenen Jahren der Mietwohnungsbau. Dies zeigt deutlich die Entwicklung der erteilten Neubaugenehmigungen. Der neuerliche Rückgang um gut 2 % war nämlich in hohem Maße durch den Mehrfamilienhausbau geprägt. Mit knapp 17 000 zum Neubau freigegebenen Wohnungen lag das Genehmigungsergebnis bei diesem Gebäudetyp bis September um knapp 15 % unter dem Vorjahresniveau. In dieser Entwicklung spiegeln sich die Auswirkungen der überhöhten Bautätigkeit zu Beginn der 90er Jahre wider, die in weiten Teilen des Mietwohnungsmarktes zu einem Überangebot an Wohnungen geführt hat. Darüber hinaus ließ die langjährige Aktienhausse und die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen die Rentabilität von Investitionen im

Schaubild 7

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Baden-Württemberg seit 1997

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

467 98

Mietwohnungsbau sinken. Von daher überrascht es nicht, daß sich vor allem die kommerziellen Vermieter und die klassischen Kapitalanleger als Bauherren zurückhalten. Impulse erhielt der Wohnungsneubau 1998 ausschließlich vom Einfamilienhausbau. In den ersten drei Quartalen 1998 gab es in diesem Segment rund 16 000 Genehmigungen, knapp 14 % mehr als im Vorjahr.

Anders als im Mehrfamilienhausbau wirken sich hier die günstigen Rahmenbedingungen wie niedrige Zinsen und moderate Baupreise überaus positiv auf die Nachfrage aus.

Auch langfristig dürften die Wachstumsaussichten im Wohnungsbau vergleichsweise gering sein. Den Ergebnissen der Wohnungsbedarfsprognose zufolge entspricht gegenwärtig der Bestand an Wohnungen in etwa der Zahl der Haushalte. Mit einem Wohnungsfehlbestand von weniger als 3 Prozent im Jahr 1997 war die Versorgung mit Wohnraum in Baden-Württemberg sogar deutlich besser als auf Bundesebene. Wie die Entwicklung der Nachfrage nach Einfamilienhäusern zeigt, besteht in einzelnen Segmenten des Wohnungsbaus trotz guter Gesamtversorgungslage mit Wohnungen nach wie vor Bedarf. Insgesamt wird sich allerdings das Wachstumspotential in Grenzen halten, da zur Sicherstellung der Wohnungsversorgung bis ins Jahr 2005 nur ein jährlicher Neubaubedarf von 44 000 Wohnungen besteht. In den ersten neun Monaten des Jahres 1998 wurde aber mit der Genehmigung von 44 300 Wohnungen dieser vorausberechnete Bedarf bereits überschritten.

Tabelle 9

Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs 1997 und 1998

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	1997	1. - 3. Quartal 1997	1. - 3. Quartal 1998
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Bauhauptgewerbe insgesamt	- 7,7	- 6,7	+ 6,6
davon			
Hochbau	- 8,3	- 7,5	+ 2,7
davon			
Wohnungsbau	- 7,3	- 7,9	- 6,5
Wirtschaftsbau ¹⁾	- 8,2	- 5,8	+ 13,4
öffentlicher Bau ²⁾	- 13,1	- 12,5	+ 8,1
Tiefbau	- 6,9	- 5,2	+ 12,5
davon			
Straßenbau	- 3,1	- 0,2	+ 16,7
Wirtschaftsbau ³⁾	- 6,1	- 6,6	+ 19,3
öffentlicher Bau	- 10,9	- 9,1	+ 4,2

Produktion und Beschäftigung nochmals niedriger

Die unterschiedliche Intensität bei der Nachfrage machte sich auch in den Produktionszahlen bemerkbar. Der Tiefbau hat bereits von der höheren Nachfrage profitiert und die Produktion in den ersten neun Monaten um real knapp 2 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert erhöht. Im Hochbau dagegen konnte die leichte Nachfrageerhöhung den Abwärtstrend nicht stoppen. Die Produktion gab hier nochmals deutlich nach und lag rund 6 % unter dem Vorjahresniveau. Dort war der zeitliche Vorlauf für die Bauunternehmen offensichtlich zu kurz, so daß

1) Einschließlich landwirtschaftlicher Bau, Deutsche Bahn AG und Postfolgeunternehmen. - 2) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - 3) Einschließlich Deutsche Bahn AG und Postfolgeunternehmen.

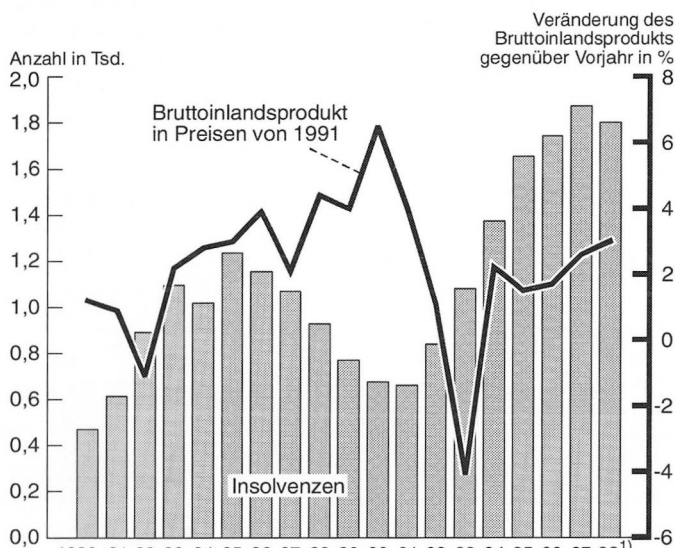
sich die höhere Nachfrage noch nicht in den Produktionszahlen widerspiegelte. Insgesamt ging die Produktion von Januar bis September gegenüber dem Vorjahr um rund 3 % zurück. Die positiven Tendenzen im Tiefbau wurden vom weiteren Produktionsrückgang im Hochbau somit überkompensiert. Der weitere Rückgang der Produktion wirkte sich auch auf die Beschäftigungssituation im Bauhauptgewerbe aus. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich von Januar bis September binnen Jahresfrist um rund 5 000 auf durchschnittlich 119 000. Mit der leichten Belebung auf der Nachfrageseite stehen allerdings die Chancen gut, daß der Beschäftigungsabbau im Bauhauptgewerbe im kommenden Jahr zum Stillstand kommt. Erste Anzeichen sind bereits zu erkennen, denn seit Jahresbeginn hat sich das Tempo des Personalabbaus deutlich verlangsamt.

Insolvenzen:

Erneute Stagnation

Zwischen 1991 und 1996 kam es in Baden-Württemberg zu einem in dieser Stärke noch nie zuvor beobachteten Anstieg der Insolvenzfälle. In diesem Zeitraum haben sich die Fälle von Zahlungsschwierigkeiten von rund 1 850 auf etwa 3 500 nahezu verdoppelt. Erst 1997 kam dieser kontinuierliche Zuwachs zum Stillstand. Für das gesamte Jahr 1998 läßt die Entwicklung in den ersten drei Quartalen darauf schließen, daß die Insolvenzfälle wiederum auf diesem Niveau stagnieren werden. So wurden zwischen Januar und September im Land rund 2 700 Insolvenzen registriert. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr zwar einen Zuwachs von 2 %, dabei ist aber zu berücksichtigen, daß diese Zunahme noch stark unter dem Eindruck des kräftigen Anstiegs zu Beginn des Jahres steht. Im zweiten und dritten Quartal hat sich das Insolvenzgeschehen nämlich wieder beruhigt: Die Insolvenzzahlen lagen sogar deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Schaubild 8
Unternehmensinsolvenzen*) im Konjunkturverlauf Baden-Württembergs seit 1980



*) Ohne Anschlußkonkurse. – 1) Bruttoinlandsprodukt geschätzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

463 98

Erstmals wieder weniger Unternehmensinsolvenzen

Maßgeblich bestimmt wurde die Insolvenzentwicklung 1998 durch die Situation bei den Unternehmen. Mit 1 800 Unternehmenszusammenbrüchen zwischen Januar und September betrug deren Anteil an den gesamten Insolvenzen etwa 67 %. Begünstigt von der guten konjunkturellen Entwicklung ging die Zahl der Unternehmenspleiten in Baden-Württemberg im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum erstmals wieder um rund 4 % zurück. Demgegenüber nahm die Zahl der Insolvenzen bei den übrigen Gemeinschuldnern (darunter fallen natürliche Personen, Nachlaßkonkurse und Organisationen ohne Erwerbszwecke) um kräftige 16 % auf 900 Fälle zu.

Von den rund 1 800 Unternehmensinsolvenzen in den ersten drei Quartalen 1998 entfielen jeweils gut ein Fünftel auf das Baugewerbe (407 Fälle), den Handel (405) sowie auf die unternehmensbezogenen Dienstleistungen (388). Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes betrug rund 16 % (291). Die restlichen ca. 17 % (309) verteilten sich auf die übrigen Wirtschaftsbereiche, darunter besonders auf das Gastgewerbe (110) sowie auf den Bereich "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" (90).

Unter den vier Wirtschaftsbereichen mit den höchsten Insolvenzzahlen im Unternehmenssektor hat sich nur im Handel und im Verarbeitenden Gewerbe die Lage merklich entspannt. In den ersten neun Monaten des Jahres 1998 ging die Zahl der Unternehmenspleiten im Handel um rund 14 % und in der Industrie um 7 % zurück. Der vor allem durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit induzierte leichte Anstieg des privaten Verbrauchs sowie die gute Geschäftslage der Industrie führten im Jahresverlauf zu einer deutlichen Besserung der Ertragslage vieler Handelsgeschäfte und Industrieunternehmen. Demgegenüber hat sich die Situation im Baugewerbe und bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen weiter verschlechtert. Viele Baubetriebe litten nach wie vor unter der nur schwach ausgeprägten Neigung zu Bauinvestitionen. Infolgedessen stiegen hier die Unternehmenspleiten um 2 % gegenüber dem Vorjahr an. Die schwache Baukonjunktur im vergangenen Jahr strahlte auch auf die unternehmensbezogenen Dienstleistungen aus, insbesondere auf Bauträger sowie Architekten- und Ingenieurbüros. In diesem Wirtschaftsbereich nahmen die Unternehmenszusammenbrüche im Vergleich zum Vorjahr sogar um 3 % zu.

1999 weiterer Rückgang der Unternehmensinsolvenzen

Bei den Unternehmensinsolvenzen ist zu erwarten, daß sich der rückläufige Trend des zweiten und dritten Quartals 1998 im Jahr 1999 fortsetzt. Im Verarbeitenden Gewerbe hat die Trendwende bereits eingesetzt, und an dieser positiven Entwicklung dürfte sich auch 1999 nichts Wesentliches ändern. Im Baugewerbe dürfte der bereits beobachtete Auftragszuwachs die wirtschaftliche Situation vieler Firmen im Jahresverlauf allmählich bessern. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß sich mit der Wiederbelebung der Baukonjunktur und der weiterhin günstigen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe die Ertragslage der unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen ebenfalls verbessert. Auch im Handel und im Gastgewerbe steht eine Beruhigung des Insolvenzgeschehens in Aussicht. Diese Wirtschaftsbereiche dürften nämlich über die zu erwartenden Reallohnsteigerungen und die höhere Beschäftigung vom stärkeren privaten Verbrauch profitieren.

Eine Prognose für die Insolvenzentwicklung bei den übrigen Gemeinschuldnern fällt weitaus schwerer. Diese reagieren nämlich weniger stark auf konjunkturelle Entwicklungen. Hinzu

kommt, daß nach der neuen, ab 1. Januar 1999 geltenden Insolvenzordnung damit zu rechnen ist, daß zusätzlich etwa 15 000 bis 20 000 überschuldete Privathaushalte das neue Insolvenzverfahren in Anspruch nehmen werden.

Gewerbeanmeldungen: Gründungsklima kühlt etwas ab

Von Januar bis September 1998 nahmen die Gewerbeämter in Baden-Württemberg mehr als 74 000 Gewerbeanmeldungen entgegen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um knapp 2 %. Bei den Gewerbeanmeldungen handelt es sich jedoch nur teilweise um Neugründungen, denn gemäß der Gewerbeordnung ist nicht nur in diesem Fall, sondern beispielsweise auch bei Betriebsübernahmen und -verlagerungen eine Anmeldung abzugeben. Unter den 74 000 Gewerbeanmeldungen waren in den ersten drei Quartalen lediglich etwa 17 400 sogenannte echte Neuerrichtungen, 4 % weniger als ein Jahr zuvor. Dabei handelt es sich um die Gründung von Betrieben, die in ein Register eingetragen sind oder die Arbeitnehmer beschäftigen. Man kann daher davon ausgehen, daß es sich bei diesen Einheiten in der Regel um Neugründungen handelt, die im Vollerwerb betrieben werden und die über ein gewisses wirtschaftliches Potential verfügen, hinter denen also tatsächlich die Absicht einer Existenzgründung steht. Fälle von Nebenerwerbstätigkeiten und Scheinselbständigkeit, von denen keine gesamtwirtschaftlichen Impulse ausgehen, werden bei dieser Abgrenzung also weitgehend ausgeschlossen.

Ein Drittel und damit die mit Abstand meisten Neuerrichtungen wurden im Wirtschaftsbereich Handel gezählt, gefolgt vom Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Dienstleistungen für Unternehmen mit einem Viertel aller echten Neuerrichtungen. Im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe waren Betriebsgründungen weitaus seltener. Hier lag der Anteil lediglich bei knapp 12 bzw. 9 %. Der Dienstleistungssektor scheint als Tätigkeitsfeld für Gewerbetreibende besonders attraktiv zu sein. Drei von vier Gewerbetreibenden, die eine echte Neuerrichtung anzeigten, wagten dort den Schritt in die Selbständigkeit. Die Zahl der neugegründeten Dienstleistungsunternehmen dürfte in Wirklichkeit sogar noch höher liegen, denn nach der Gewerbeordnung sind bestimmte Tätigkeiten, wie zum Beispiel die Freien Berufe, also Ärzte, Rechtsanwälte, Notare und Wirtschaftsprüfer, nicht meldepflichtig.

Nach den Ergebnissen der Gewerbeanzeigenstatistik für die ersten drei Quartale dürften am Jahresende 1998 knapp 100 000 Gewerbeanmeldungen eingegangen sein. Für eine fundierte Vorausschau auf das Jahr 1999, die an den zu erwartenden Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen ansetzen muß, ist die Datenreihe der jungen Gewerbeanzeigenstatistik noch zu kurz. Gewerbeanmeldungen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche liegen nämlich erst seit 1996 vor.

Preise weitgehend stabil

Im Jahr 1998 entwickelten sich die Preise so moderat, daß praktisch Preisstabilität herrschte. Eine mäßige Preisentwicklung war bei allen wichtigen Preisindizes zu beobachten, einige Preise lagen sogar unter dem Vorjahresniveau. Die Verbraucherpreise waren im Jahr 1998 trotz Erhöhung der Mehrwertsteuer so stabil wie schon lange nicht mehr. Entgegen ursprünglicher Erwartungen fiel der Anstieg der Verbraucherpreise 1998 sogar noch geringer aus als in den bereits günstigen Vorjahren. Nachdem der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte Baden-Württembergs 1996 und 1997 im Jahresdurchschnitt um 1,2 % bzw. 1,6 % zugelegt hatte, wurde von Januar bis November 1998 nur noch ein durchschnittlicher Zuwachs von 1 % registriert. Im 3. Quartal 1998 fiel der Preisauftrieb für die Lebenshaltung sogar unter die 1%-Marke. Niedrigere Teuerungsraten gab es in der jüngeren Vergangenheit nur Mitte der 80er Jahre.

Maßgeblich für den geringen Preisauftrieb bei den Lebenshaltungskosten war die immer noch schwache Entwicklung des privaten Verbrauchs, die für einen nur mäßigen Anstieg der Verbrauchs- und Gebrauchsgüterpreise abseits des Lebensmittelsektors sorgte. Die Haushalte profitierten aber auch vom Preisverfall der Rohstoffe in Form geringerer Kraftstoff- und Heizölpreise. Auch die Telefonkosten sanken, nachdem die Preise auf dem Telefonmarkt durch die zunehmende Konkurrenz hart umkämpft waren. Die Wohnungsmieten stiegen zwar immer noch überdurchschnittlich stark, allerdings mit einem Plus von 1,4 % von Januar bis November 1998 deutlich moderater als zuvor: In der ersten Hälfte der 90er Jahre lagen die jährlichen Steigerungsraten noch über 4 %.

Die Einzelhandelspreise entwickelten sich ähnlich moderat wie im Vorjahr und lagen von Januar bis November 1998 0,5 % über dem Vorjahresniveau. Befürchtungen, daß die Anhebung des

Tabelle 10

Gewerbeanmeldungen in Baden-Württemberg 1998 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Gewerbeanmeldungen ¹⁾			Darunter potentielle Existenzgründungen ²⁾		
	Januar - September 1998	Veränderung gegenüber Vorjahr	Anteile	Januar - September 1998	Veränderung gegenüber Vorjahr	Anteile
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	74 056	- 1,6	100	17 358	- 3,9	100
darunter						
Handel	24 229	- 7,2	32,7	5 815	- 9,1	33,5
Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Dienstleistungen für Unternehmen	17 461	+ 5,7	23,6	4 429	+ 5,8	25,5
Gastgewerbe	6 494	- 4,1	8,8	677	- 3,4	3,9
Baugewerbe	5 495	- 6,4	7,4	1 995	- 11,7	11,5
Verarbeitendes Gewerbe	4 548	+ 8,6	6,1	1 492	+ 0,9	8,6

1) Echte und sonstige Neuerrichtungen von Haupt- und Zweigstellen, Neuerrichtungen wegen Verlagerung sowie Übernahmen. – 2) Echte Neuerrichtungen.

Tabelle 11
Ausgewählte Preisindizes in Baden-Württemberg und Deutschland seit 1992
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Jahr	Außenhandel		Industrie	Handel		Lebenshaltung	
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Großhandelsverkaufspreise	Einzelhandelspreise	aller privaten Haushalte	
	Deutschland						Baden-Württemberg
1992	- 2,7	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,1	+ 2,6	+ 5,1	+ 3,8
1993	- 1,5	+ 0,0	+ 0,2	- 0,9	+ 2,0	+ 4,5	+ 3,8
1994	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,6
1995	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,9
1996	+ 0,5	+ 0,2	- 0,5	- 0,6	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,2
1997	+ 3,2	+ 1,5	+ 1,1	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,6
1998							
1. Quartal	+ 0,2	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,1
2. Quartal	- 1,5	+ 0,6	+ 0,1	- 1,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,3
3. Quartal	- 4,3	- 0,4	- 0,7	- 3,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7
1. - 3. Quartal	- 1,9	+ 0,6	0,0	- 1,2	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,0

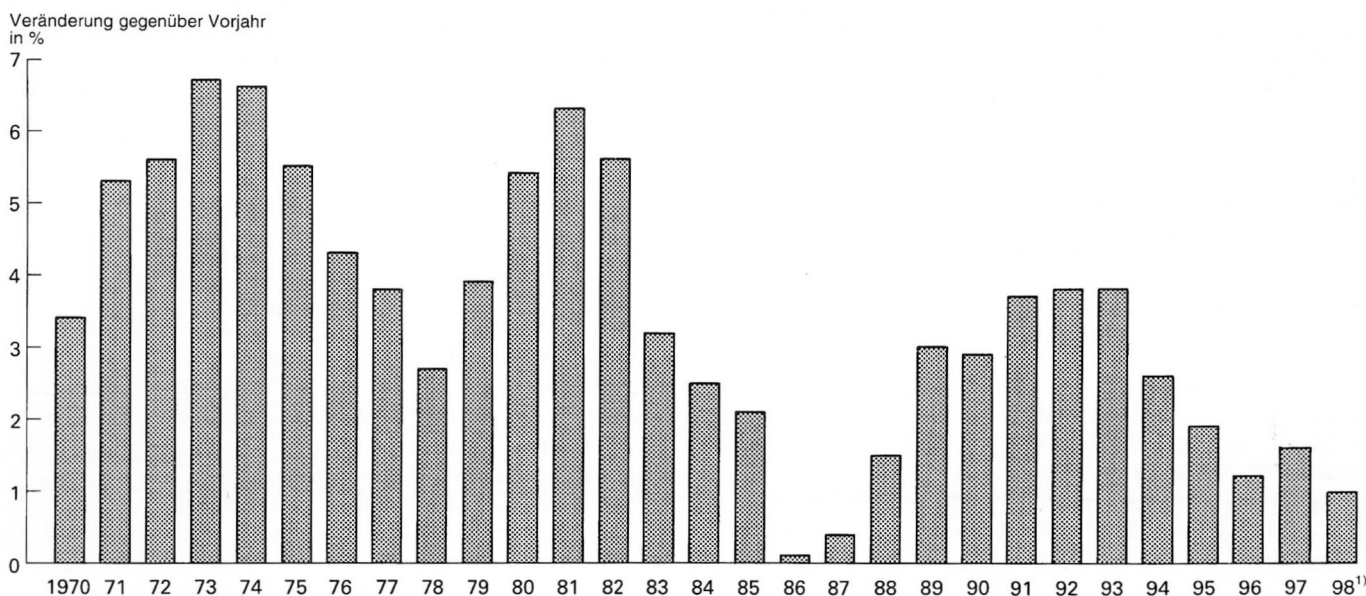
Mehrwertsteuersatzes von 15 % auf 16 % zum 1. April 1998 für einen deutlichen Preisschub sorgen könnte, bewahrheiteten sich nicht. Die Einzelhandels- und damit auch die Verbraucherpreise zogen im 2. Quartal nur vorübergehend leicht an. Die verhaltene Verbrauchskonjunktur ließ den Einzelhändlern keine Spielräume für Preiserhöhungen. Die Großhandelspreise, die 1997 im Vorjahresvergleich noch um fast 2,5 % gestiegen waren, gingen in den ersten drei Quartalen 1998 sogar um gut 1 % zurück, nachdem die Preise auf den Erzeugerstufen im In- und Ausland nachgegeben hatten.

Der Nachfrageausfall in den krisengeschüttelten asiatischen Ländern, auf die 1997 fast 40 % der Weltölnachfrage entfielen, hat-

te starke Rohstoffpreisverluste zur Folge. Begünstigt durch den Preisverfall bei Energie und Rohstoffen sowie die abwertungsbedingt verbilligten Importe aus Südostasien gaben die Einfuhrpreise in den ersten drei Quartalen 1998 um knapp 2 % nach. Ein Jahr zuvor verzeichneten sie mit +3,2 % noch den stärksten Anstieg seit Beginn der 90er Jahre. Die rückläufigen Einfuhrpreise trugen neben weiterhin fallenden Lohnstückkosten dazu bei, daß die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte im Durchschnitt der ersten neun Monate stabil blieben und die Ausfuhrpreise mit einem Plus von 0,6 % nur mäßig stiegen.

Im neuen Jahr ist mit einer nur geringfügig höheren Preissteigerungsrate als 1998 zu rechnen. Preiserhöhend dürften sich die

Schaubild 9
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg seit 1970



1) Januar bis November 1998

zu erwartende Erholung der Rohstoffpreise, die beschlossene Anhebung der Energiesteuern und die wieder leicht steigenden Lohnstückkosten auswirken. Andererseits bleibt der Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen angesichts der moderaten Nachfragebelebung weiterhin begrenzt. Die Teuerungsrate der Lebenshaltung könnte sich daher im Jahr 1999 im Rahmen von +1,5 % halten.

Leichte Einkommensverbesserungen

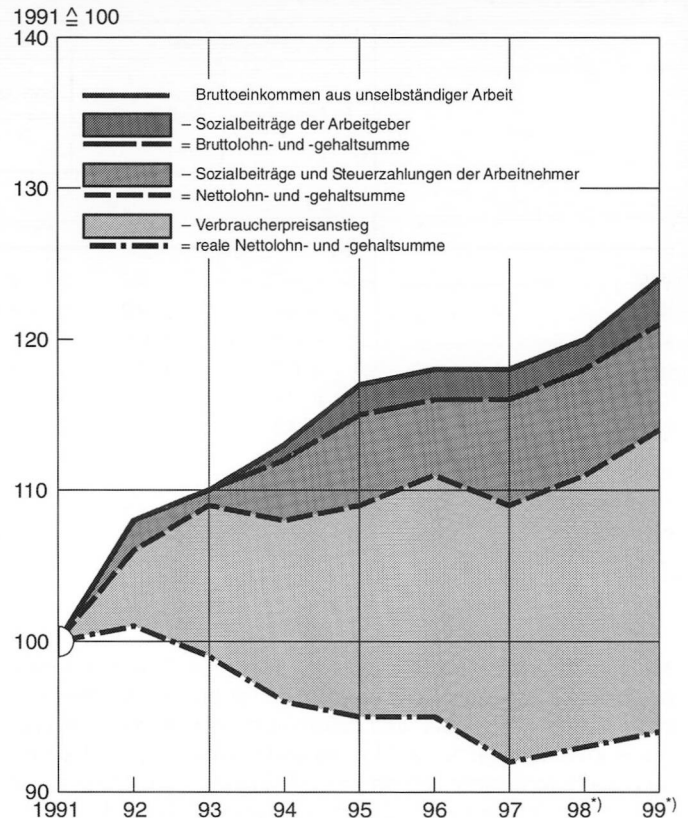
Die Einkommensentwicklung hat sich im Jahr 1998 leicht verbessert. Das Volkseinkommen, also die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die den inländischen Wirtschaftseinheiten innerhalb einer bestimmten Periode zufließen, hat bundesweit im ersten Halbjahr 1998 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,9 % zugenommen. Für das gesamte Jahr 1998 rechnen die sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute mit einem Zuwachs des Volkseinkommens von 3,7 %². Nach Steigerungsraten von 2,2 % im Jahr 1996 und 3,0 % 1997 bedeutet dies eine weitere Erholung. Im Vergleich zur durchschnittlichen Wachstumsrate des Volkseinkommens während der 80er und Anfang der 90er Jahre von gut 5 bzw. 8 % fiel der aktuelle Einkommenszuwachs jedoch deutlich schwächer aus.

Lohnquote sinkt weiter

Bezüglich der einzelnen Komponenten des Volkseinkommens sind erhebliche Unterschiede in den Entwicklungen erkennbar. Wie schon in den Jahren zuvor legten die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen kräftig zu und erreichten Steigerungsraten von 9,8 % im Jahr 1997 und 10,3 % in der ersten Jahreshälfte 1998. Dagegen war der Zuwachs der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit mit + 0,2 % in 1997 und + 0,9 % im ersten Halbjahr 1998 kaum spürbar. Diese Entwicklung führte dazu, daß die Lohnquote, definiert als Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, die sich bereits seit 1993 im Abwärtstrend befindet, weiter nach unten gedrückt wurde. Im Jahr 1998 dürfte die Lohnquote in Deutschland bei 68 % liegen und damit noch unter den bisherigen Tiefststand von 1990 gefallen sein. Auf die Einkommen aus unselbständiger Arbeit entfällt somit tendenziell ein immer kleinerer Teil des insgesamt erwirtschafteten Volkseinkommens, was allerdings auch eine Folge der Arbeitszeitverkürzung und damit einhergehenden niedrigen Lohnsteigerungsraten ist. Neben der Abnahme der Lohnquote infolge niedriger Tariflohnerhöhungen spielten im Zeitraum 1993 bis 1997 auch strukturelle Veränderungen eine Rolle: Die Beschäftigtenzahl im hochbezahlten Verarbeitenden Gewerbe nahm ab, während die Dienstleistungsbereiche, in denen die Durchschnittseinkommen niedriger sind, expandierten.

Trotz anhaltend sinkender Lohnquote scheint bei den Arbeitnehmereinkommen die Talsohle der Entwicklung erreicht zu sein. Nachdem die Arbeitgeberbeiträge 1998 anders als in den Jahren zuvor kaum noch gestiegen sind, nahm die Bruttolohn- und -gehaltsumme aller Arbeitnehmer im 1. Halbjahr 1998 mit + 1,1 % sogar etwas stärker zu als die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (+ 0,9 %). Im Jahr 1997 war die Bruttolohn- und

Schaubild 10
Arbeitnehmereinkommen in Deutschland seit 1991



*) Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute, Herbstgutachten 1998.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

472 98

-gehaltsumme im Vorjahresvergleich noch um 0,4 % gesunken. Ursächlich für die verbesserte Einkommensentwicklung im Jahr 1998 war auch der nachlassende Stellenabbau und ein wieder kräftiger Anstieg der Durchschnittsverdienste von Arbeitern und Angestellten. Im Durchschnitt bekam jeder Arbeitnehmer in den ersten sechs Monaten 1998 brutto 1,6 % mehr Lohn und Gehalt, nach einem Plus von 1,2 % im Jahr 1997. Auch netto, also nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben, blieben jedem Arbeitnehmer mit monatlich 2 610 DM ebenfalls 1,6 % oder rund 40 DM mehr Lohn und Gehalt als im vergleichbaren Zeitraum 1997. Zu dieser Entwicklung hat auch beigetragen, daß die Abgabenlast der Arbeitnehmer 1998 in einem wesentlich geringeren Maße zugenommen hat als in den Vorjahren. Nach Einbußen bei den Nettolöhnen und -gehältern im Jahr 1997 ist damit 1998 wieder mit einer Zunahme von rund 2 % zu rechnen.

Einkommensvorteile im Südwesten

In Baden-Württemberg dürften sich die Einkommen sogar etwas besser als im Bundesdurchschnitt entwickelt haben, nachdem die Einkommenszuwächse in den wirtschaftlich schwächeren Jahren geringer ausfielen als im Bundesgebiet. Gesamtwirtschaftliche Einkommensdaten liegen für Baden-Württemberg bis einschließlich 1996 vor. Aufgrund des in jüngster Zeit überdurchschnittlichen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums im Südwesten ist jedoch damit zu rechnen, daß Baden-Württemberg 1997 und 1998 bei den verschiedenen Einkommensgrößen besser abschnitt als der Länderdurchschnitt. Gerade im hochbezahlten Verarbeitenden Gewerbe hat die Beschäftigtenzahl in Baden-Württemberg kräftiger zugenommen als im Bundesdurchschnitt.

² Herbstgutachten 1998 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Tabelle 12
Einkommensentwicklung in Baden-Württemberg und Deutschland*) seit 1980

Jahr	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer				Nettolohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer				Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner			
	Baden-Württemberg		Deutschland		Baden-Württemberg		Deutschland		Baden-Württemberg		Deutschland	
	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real
DM												
1980	36 377	49 560	36 150	48 458	21 296	29 013	21 180	28 391	16 056	21 875	15 600	20 912
1991	56 090	56 090	48 630	48 630	30 870	30 870	27 150	27 150	27 322	27 322	23 400	23 400
1992	59 129	56 964	53 780	51 170	32 222	31 042	29 450	28 021	28 568	27 522	25 000	23 787
1993	59 942	55 656	56 110	51 102	32 796	30 451	30 860	28 106	28 788	26 730	25 700	23 406
1994	62 037	56 142	58 120	51 525	33 013	29 876	31 010	27 491	29 537	26 730	26 500	23 493
1995	64 374	57 171	60 360	52 578	33 413	29 674	31 290	27 256	30 318	26 925	27 300	23 780
1996	66 053	57 941	61 880	53 116	34 569	30 324	32 510	27 906	31 246	27 409	28 100	24 120
1997	63 010	53 128	32 430	27 344	28 500	24 030
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
1980/1990 ¹⁾	+ 3,9	+ 1,1	+ 3,6	+ 1,0	+ 3,5	+ 0,7	+ 3,3	+ 0,6	+ 4,7	+ 1,9	+ 4,4	+ 1,8
1991	+ 5,7	+ 1,9	+ 6,1	+ 2,3	+ 2,4	- 1,3	+ 2,9	- 0,7	+ 7,7	+ 3,8	+ 7,5	+ 4,1
1992	+ 5,4	+ 1,6	+ 10,6	+ 5,2	+ 4,4	+ 0,6	+ 8,5	+ 3,2	+ 4,6	+ 0,7	+ 6,8	+ 1,7
1993	+ 1,4	- 2,3	+ 4,3	- 0,1	+ 1,8	- 1,9	+ 4,8	+ 0,3	+ 0,8	- 2,9	+ 2,7	- 1,6
1994	+ 3,5	+ 0,9	+ 3,6	+ 0,8	+ 0,7	- 1,9	+ 0,5	- 2,2	+ 2,6	+ 0,0	+ 3,2	+ 0,4
1995	+ 3,8	+ 1,8	+ 3,9	+ 2,0	+ 1,2	- 0,7	+ 0,9	- 0,9	+ 2,6	+ 0,7	+ 2,9	+ 1,2
1996	+ 2,6	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,0	+ 3,5	+ 2,2	+ 3,9	+ 2,4	+ 3,1	+ 1,8	+ 3,1	+ 1,4
1997	+ 1,8	+ 0,0	- 0,3	- 2,0	+ 1,4	- 0,4

*) Bis 1990 früheres Bundesgebiet. – 1) Jahresdurchschnitt.

Das verfügbare Einkommen, also die Einkommen, die von den privaten Haushalten nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben frei verwendet werden können, lagen im ersten Halbjahr 1998 2,2 % über dem Vorjahresniveau. Sie konnten damit wieder eine etwas höhere Zuwachsrates verzeichnen als im Vorjahr. Dazu hat unter anderem die bereits erwähnte leichte Zunahme der Nettolöhne und -gehälter beigetragen, die mit einem Anteil von knapp 42 % die stärkste Komponente der verfügbaren Einkommen bilden. Etwas weniger stark als im Vorjahr wuchsen die sozialen Transferleistungen des Staates an die privaten Haushalte (+ 1,1 % im 1. Halbjahr 1998). Erneut positiv beeinflusst wurde die Entwicklung des verfügbaren Einkommens von den entnommenen Gewinnen und Vermögenseinkommen. Diese nahmen zwar nicht mehr ganz so stark zu wie in den Vorjahren, waren jedoch mit einem Anstieg von 4 % im ersten Halbjahr 1998 abermals der dynamischste Einkommensbestandteil.

Reallöhne nehmen wieder zu

Wegen der nominalen Einkommenszuwächse bei fast stabilen Verbraucherpreisen hat sich 1998 auch die reale Einkommenssituation der Verbraucher wieder leicht verbessert. Nach Reallohn-einbußen in den Jahren 1993, 1994, 1995 und 1997 sind die preisbereinigten Nettolöhne und -gehälter 1998 wieder moderat gestiegen. Auch bei den realen verfügbaren Einkommen ist nach einem negativen Vorjahr nun wieder mit einem leichten Plus zu rechnen. Der damit verbundene Kaufkraftzuwachs hat zu einer Stützung des privaten Verbrauchs beigetragen, der nach einer schwachen Steigerung im Jahr 1997 von real 0,5 % im Jahr 1998 mit voraussichtlich real 1,5 % wieder etwas stärker gewachsen sein dürfte.

Im Jahr 1999 ist vor allem wegen der sich abzeichnenden Tariflohnerhöhungen mit weiteren Einkommensverbesserungen

zu rechnen. Auch die vorgesehenen Entlastungen bei Einkommensteuer und Rentenbeitragssatz werden in Verbindung mit einem weiteren Stellenzuwachs einen Einkommenszuwachs bringen. Demzufolge werden die verfügbaren Einkommen 1999 nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute um nominal 3,5 % und der private Verbrauch mit nominal 3,3 % stärker steigen als 1998.

Einzelhandel

Der baden-württembergische Einzelhandel kann von Januar bis August 1998 auf eine positive Gesamtbilanz blicken. In den ersten acht Monaten erzielte er einen Umsatzzuwachs von 2,7 %. Real, das heißt nach Abzug der Preissteigerungen, entsprach dies immerhin noch einer Zunahme von 2,4 %. Damit hat sich 1998 die Umsatzsituation im Einzelhandel im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren weiter verbessert. Trotzdem besteht noch kein Anlaß zu einem allzu großen Optimismus. Das Ergebnis ist nämlich weitgehend durch den Geschäftsverlauf des ersten Quartals geprägt, in dem ein beachtliches Umsatzplus von real 3,8 % erzielt wurde. Im zweiten Quartal konnte dagegen der Einzelhandel nichts mehr hinzusetzen und stagnierte auf Vorjahresniveau. Nach diesen turbulenten Quartalen schwenkte der Einzelhandel wieder auf einen stetigen Wachstumskurs ein.

Nach steuerbedingten Turbulenzen wieder auf Wachstumskurs

Maßgeblich für die Turbulenzen in der ersten Jahreshälfte war vor allem die lebhaftere Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, die nominal zu rund einem Fünftel zum gesamten Umsatz des Einzelhandels beiträgt. Wegen der zum 1. April wirksam gewordenen

Mehrwertsteuererhöhung hatten viele Kunden geplante Neuwagenkäufe vorgezogen. Bemerkbar machte sich dies insbesondere im Monat März, in dem die Umsätze im Kraftfahrzeug-Einzelhandel das Vorjahresergebnis um gut ein Drittel übertrafen. Insgesamt konnte der Kfz-Handel infolge dieses Mehrwertsteuer-effektes im ersten Quartal ein deutliches Umsatzplus von knapp 15 % verbuchen. Nach dem starken Ergebnis zu Jahresbeginn folgte im zweiten Quartal 1998 ein Umsatzrückgang von gut 2 % gegenüber 1997. Im Juli und August erholte sich die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, und der Kfz-Einzelhandel übernahm wieder seine Rolle als Wachstumsträger.

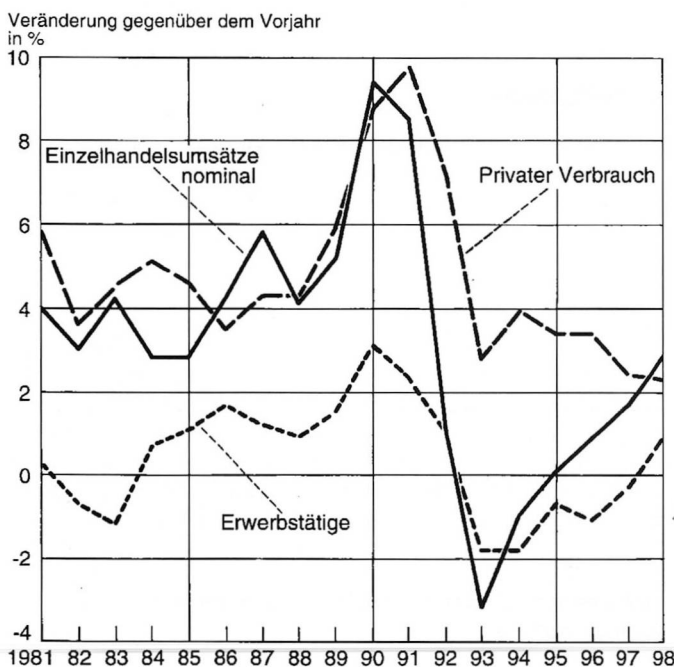
Optimistisch an der bisherigen Entwicklung stimmt nicht nur der insgesamt gute Geschäftsgang des Kfz-Handels, sondern vielmehr die Entwicklung in den übrigen Einzelhandelssparten (ohne Kfz-Handel und Tankstellen). Mit einem realen Plus von 1,8 % in den ersten acht Monaten 1998 konnte der im Jahr 1997 vorgelegte moderate Zuwachs sogar ausgebaut werden. Ebenso wie beim Kfz-Handel hat die Mehrwertsteuererhöhung auch in anderen Sparten, die mit Gütern im Hochpreissegment handeln, zu Vorzieheffekten geführt. Der "Umsatzschub" erreichte allerdings eine weitaus geringere Stärke und gleicht sich bei der Zusammenfassung mehrerer Sparten aus. Nach einem Zuwachs von real 1,1 % im ersten Quartal betrug das Wachstumsplus im zweiten Quartal immer noch 1,0 % und hat in den Sommermonaten Juli und August an Stärke gewonnen.

In dieser aus mehreren Fachrichtungen zusammengesetzten Sparte des Einzelhandels verlief die Entwicklung uneinheitlich. Wachstumsträger waren beispielsweise Apotheken und der medizinische und kosmetische Facheinzelhandel, aber auch der Fachhandel mit Fotoerzeugnissen, Computern und Software, der

Uhren- und Schmuck- sowie der Sportfachhandel. Deutliche Umsatzzuwächse verbuchte auch der Einzelhandel mit Möbeln und Einrichtungsgegenständen. Dagegen verspürte der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art und der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, zu denen Kaufhäuser und Lebensmittelgeschäfte gehören, noch keine Nachfragebelebung. Im Gegenteil: sie mußten in den ersten acht Monaten des Jahres 1998 sogar reale Umsatzeinbußen von 2,6 % bzw. 0,9 % hinnehmen.

Die neue Belebung im Einzelhandel verdient insofern besondere Aufmerksamkeit, als sich der Einzelhandel in den Jahren 1993 und 1994 in einer schweren Krise befand. Den Rückgang der Konsumnachfrage spürte der Einzelhandel – anders als in früheren Konjunkturzyklen – weitaus stärker, als dies beim gesamten privaten Verbrauch zu beobachten war. Der Einzelhandel mußte sogar mehrere Jahre in Folge beträchtliche Umsatzverluste hinnehmen. Mehrere Faktoren haben zu dieser im langjährigen Vergleich recht ungewöhnlichen Entwicklung beigetragen. Die wohl wichtigste Ursache hierfür dürfte in dem starken Stellenabbau dieser Jahre zu suchen sein. In den 80er Jahren kam es relativ schnell nach dem wirtschaftlichen Einbruch zu einer Erholung auf dem Arbeitsmarkt. In den 90er Jahren kam erst im fünften Jahr nach der Rezession ein Stellenzuwachs. Weil der Ausgabenspielraum bei geringeren Einkommen und konstanten Fixkostenbestandteilen wie beispielsweise Wohnungsmieten immer kleiner wurde, vollzogen sich strukturelle Verschiebungen innerhalb des privaten Verbrauchs immer mehr zu Lasten des Einzelhandels. Die Situation für den Einzelhandel hat sich deshalb erst gebessert, nachdem sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder besserte. Hierdurch entstehen wieder größere Spielräume für die Konsumnachfrage, von denen auch der Einzelhandel profitiert.

Schaubild 11
Erwerbstätige, Privater Verbrauch und Umsätze im Einzelhandel in Baden-Württemberg seit 1981*)



*) Privater Verbrauch für 1997 und 1998, Erwerbstätige und Umsätze für 1998 geschätzt.

Weiter mit moderatem Wachstum

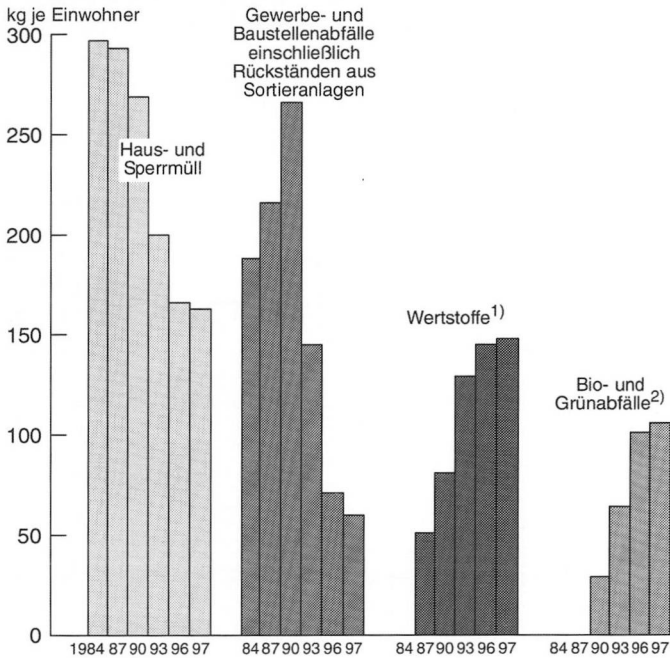
Im Jahr 1998 stehen die Aussichten für ein weiteres Anziehen der Expansionskräfte im Einzelhandel gut. Impulse sind dabei in erster Linie von einer weiteren Zunahme der Beschäftigung und den sich abzeichnenden Lohnerhöhungen zu erwarten. Positiv wird sich im Jahr 1999 auch die Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge um 0,8 Prozentpunkte und die geplante Steuerreform auswirken. Ob und inwieweit die steuerlichen Entlastungen in Form einer Erhöhung des Grundfreibetrages, der Absenkung des Eingangsteuersatzes und der Erhöhung des Kindergeldes durch die Erhöhung anderer Steuersätze wieder kompensiert werden, bleibt abzuwarten. Allerdings ist damit zu rechnen, daß mögliche Einkommensverbesserungen nicht in vollem Umfang dem privaten Verbrauch und damit dem Einzelhandel zugute kommen, nachdem die Haushalte in den letzten Jahren verstärkt von ihren Finanzpolstern gezehrt haben und diese voraussichtlich in besseren Zeiten wieder aufstocken.

X Umwelt

Die Erkenntnis, daß ein umfassend wirksamer Umweltschutz nur erreicht werden kann, wenn es gelingt, das Ziel des Schutzes von Natur und Umwelt in das allgemeine menschliche Handeln und Wirtschaften zu integrieren, setzt sich weiter durch. Dies zeigt sich auch darin, daß die Bemühungen zur Begrenzung von Umweltbelastungen durch Emissionen zunehmend von Bestrebungen gestützt werden, die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen zu begrenzen und schließlich zu verringern.

Schaubild 12

Abfall- und Wertstoffaufkommen in Baden-Württemberg 1984 bis 1997*)



*) 1984 und 1987 Daten der Erhebung über die öffentliche Abfallentsorgung der amtlichen Statistik, ab 1990 Daten der Abfallbilanz. – 1) 1984 nicht erfaßt. – 2) 1984 und 1987 nicht erfaßt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

478 98

Durch den sparsamen Umgang mit Rohstoffen, Energie, Wasser und Flächen sowie die Verringerung der Emissionen in Natur und Umwelt soll eine nachhaltige, umweltverträgliche Entwicklung der Volkswirtschaft erreicht werden. Um auf diesem Weg voranzukommen, wurden auch im zurückliegenden Jahr auf verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ebenen zahlreiche Initiativen, Planungen und Maßnahmen ergriffen. Eine relativ neue Form, die Ziele und Maßnahmen zum Zwecke einer nachhaltigen Entwicklung dem Bürger nahezubringen und damit umweltverträgliches Handeln auf breiter Basis zu entwickeln, ist die sogenannte „Lokale Agenda 21“, an deren Umsetzung in Baden-Württemberg im abgelaufenen Jahr in immerhin 30 bis 40 Städten und Gemeinden konkret gearbeitet wurde. Das Land hat zur Unterstützung dieser Initiativen bei der Landesanstalt für Umweltschutz eine Beratungsstelle installiert und einen Leitfadens insbesondere auch für kleinere Gemeinden entwickelt und vorgelegt.

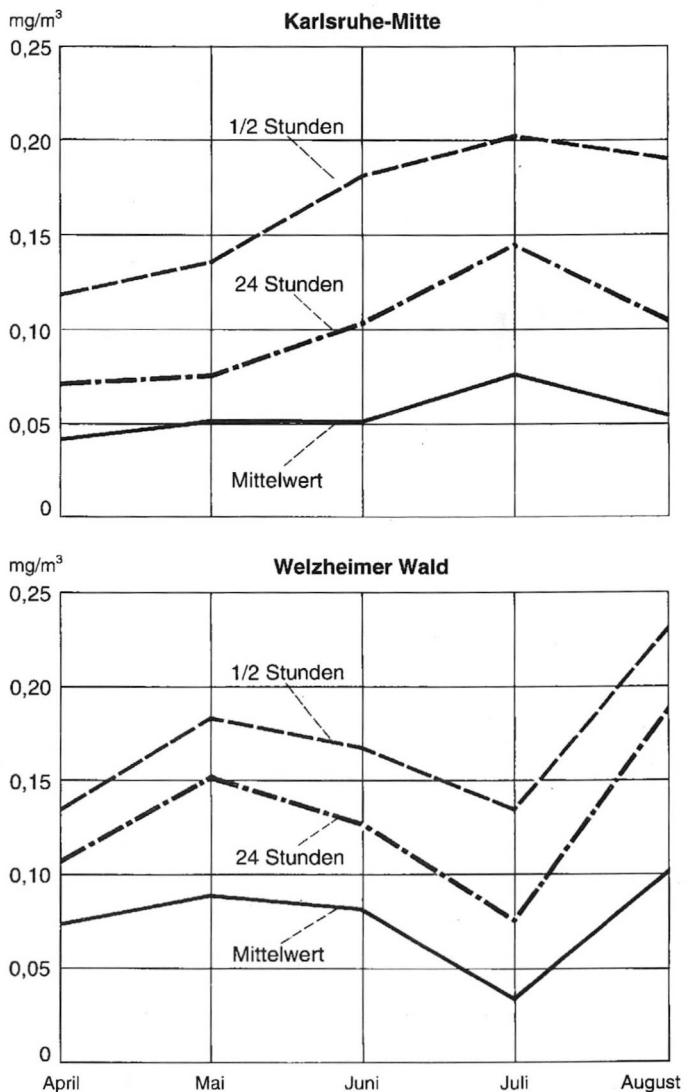
Hervorstechende Themenbereiche, die 1998 im Vordergrund der umweltpolitischen Diskussion standen und zugleich belegen, wie wichtig die Integration der Umweltschutzziele in das tägliche Handeln ist, waren die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Abfallwirtschaft, die Bemühungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen sowie zur weiteren Reduzierung der Emissionen von Stickoxiden, Kohlenwasserstoffen und Stäuben, um so die Bildung von Sommersmog und die Luftbelastung durch Feinstäube zu begrenzen.

Die vielfältigen Maßnahmen, die Abfallwirtschaft zu einer umweltschonenden Kreislaufwirtschaft weiterzuentwickeln, werden von widerstrebenden Interessen und Zielsetzungen begleitet. Positiv zu beurteilen ist sicherlich, daß der Rückgang der im Rahmen der öffentlichen Abfallentsorgung zu beseitigenden Men-

ge an Siedlungsabfällen weiter anhält. Durch den fortgesetzten Ausbau der getrennten Erfassung von Wertstoffen, Bioabfällen und Problemabfällen, die 1998 mit der novellierten Verpackungsverordnung, der Bioabfall- und Batterieverordnung bzw. der Elektro-Schrott- und IT-Geräte-Verordnung auch rechtlich weiterentwickelt wurde, ist die zu beseitigende Menge häuslicher Abfälle mittlerweile auf rund 160 kg je Einwohner zurückgegangen. Es zeigt sich allerdings eine deutliche Verlangsamung bei der Verlagerung der Mengen von der Beseitigung hin zur Verwertung. Andererseits sind die Unterschiede zwischen den Kreisen nach wie vor beträchtlich, so daß noch nicht von einer völligen Ausschöpfung aller Verwertungsmöglichkeiten ausgegangen werden kann. Insbesondere bei der Erfassung und Verwertung von Bioabfällen besteht offenbar in einer Reihe von Kreisen noch erhebliches Abschöpfungspotential. Hervorzuheben ist allerdings bezüglich des gesamten Aufkommens häuslicher Abfälle, der Summe aus verwerteten und beseitigten Mengen, daß bislang keine Verringerung der Aufkommen erzielt wurde, sondern im Gegenteil die Menge nach wie vor ansteigt.

Schaubild 13

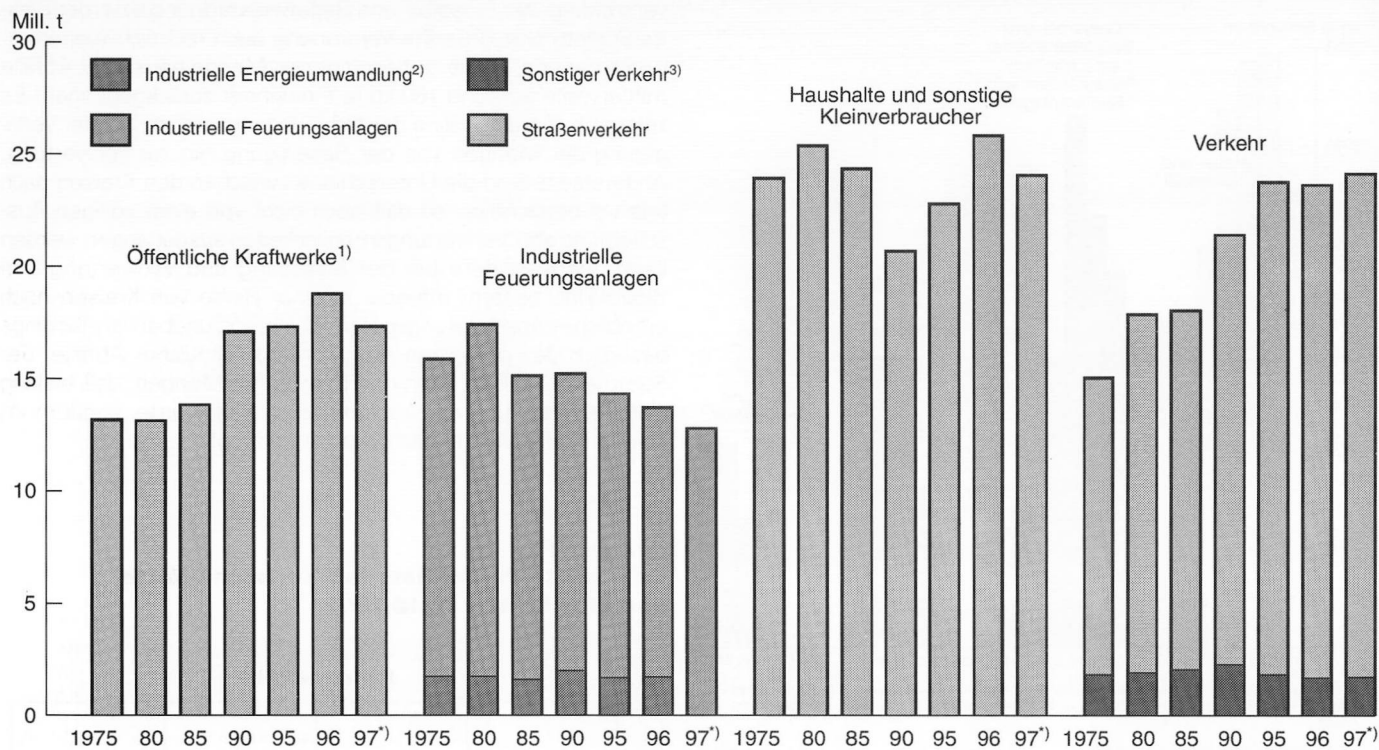
Ozonwerte der Meßstellen Karlsruhe-Mitte und Welzheimer Wald 1998



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

477 98

CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg 1975 bis 1997*) nach Hauptemittentengruppen



*) 1997 vorläufige Werte. – 1) Einschließlich Fernheizwerke und Müllverbrennungsanlagen. – 2) Betriebseigene Stromerzeugung und sonstige Energieumwandlung. – 3) Bahn-, Schiffs-, Flugverkehr und landwirtschaftliche Zugmaschinen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

476 98

Dies gilt offenbar nicht oder zumindest eingeschränkt für den Bereich der allgemeinen gewerblichen und produktions-spezifischen Abfälle, in dem auch erste Vermeidungsmaßnahmen wirksam wurden. Dadurch sowie vor allem durch Verwertungsmaßnahmen hat der starke Rückgang der Mengen, die den öffentlichen Entsorgungsträgern angedient wurden, fast unvermindert angehalten. Die Entsorgung der Gewerbeabfälle hat sich verglichen mit 1990, dem Jahr mit den größten der öffentlichen Abfallentsorgung angedienten Gewerbeabfallmengen, bis auf einen Rest von 20 % auf die private Entsorgungswirtschaft verlagert. Im Hinblick auf die angestrebte möglichst ressourcen- und umweltschonende Abfallwirtschaft stellt sich allerdings die Frage, ob die Rahmenbedingungen für die privatwirtschaftliche Verwertung der Abfälle hinreichend entwickelt sind. Zahlreiche Beispiele berechtigen zur ernststen Sorge, daß erhebliche Mengen an Gewerbeabfällen nicht in umwelt- und ressourcenschonende Verwertungsverfahren gelangen, sondern vielmehr auf umweltbelastende Art verwertet oder sogar nach langen Transportwegen in unzureichend ausgebauten Deponien billig abgelagert werden.

Auch der Umgang mit den riesigen jährlichen Mengen an Baumassenabfällen hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Eine durchgreifende Verringerung der jährlichen Aufkommensmenge an Baumassenabfällen ist allerdings ebensowenig wie bei den häuslichen Abfällen festzustellen. Von den über 33 Millionen Tonnen (t), die 1996 statistisch registriert wurden, gelangte der weitaus überwiegende Teil in Verwertungsmaßnahmen. Beim Bauschutt und Straßenaufbruch, die zusammen rund 10 Mill. t ausmachten, wurden etwa drei Viertel über Bauschuttrecyclinganlagen der Verwertung zugeführt. Von den über 23 Mill. t Bodenaushub wurde mehr als die Hälfte für die

Rekultivierung überstädtischer Abbaustätten oder im Rahmen öffentlicher Baumaßnahmen genutzt. Die über mehr oder weniger große Entfernungen jährlich zu transportierenden Mengen an Baumassenabfällen stellen aber trotz oder zumindest teilweise gerade wegen der verstärkten Verwertung eine beträchtliche Umweltbelastung schon allein deshalb dar, weil mit dem Transport der großen Mengen auch Emissionen an Luftschadstoffen und Lärm verbunden sind. Im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung kommt es deshalb darauf an, die Transportvorgänge und -entfernungen zu verringern.

Der Verkehr, insbesondere die Beförderung von Personen und Gütern auf der Straße, stand auch im zurückliegenden Jahr im Blickpunkt der Bemühungen zur Verringerung von Umweltbelastungen, wobei sowohl die regionalen oder örtlichen als auch die globalen Auswirkungen Anlaß für die unvermindert große Aufmerksamkeit waren. Bezüglich der regionalen Umweltbelastungen wurde dies besonders durch die dramatische Zuspitzung der Ozonbelastung im Sommer deutlich, wo infolge der Überschreitung der Ozongrenzwerte – an mindestens drei Meßstellen wurden 1-Stunden-Mittelwerte von über 240 Mikrogramm Ozon pro Kubikmeter Luft gemessen – am 12. August erstmals Ozonalarm ausgelöst worden war, mit der Folge, daß ein Fahrverbot für nicht schadstoffreduzierte Fahrzeuge verhängt wurde. Grund dafür ist, daß der Straßenverkehr und dort besonders die Fahrzeuge ohne G-Kat maßgeblich zu den Emissionen von Stickoxiden, flüchtigen Kohlenwasserstoffen und Kohlenmonoxid beitragen. Obwohl die Emissionen dieser sogenannten Vorläufersubstanzen für die Bildung von Ozon seit 1990 vor allem durch die Einführung von geregelten Katalysatoren spürbar zurückgegangen sind, ist eine signifikante Verringerung der Ozonbelastung auch im Jahresmittel bislang nicht feststellbar.

Tabelle 13

Zusammensetzung der Pkw-Flotte in Baden-Württemberg seit 1985 nach Schadstoffgruppen

Jahr ¹⁾	Pkw insgesamt		Pkw mit Schadstoff-reduzierung nach US-Norm ²⁾ , EU-Richtlinien E1 und E2 ³⁾	Schadstoffarm nach Europa-Norm ⁴⁾	Bedingt schadstoff-arm ⁵⁾	Pkw ohne Schadstoff-reduzierung
	1000	1985 = 100				
Insgesamt						
1985	4 073,2	100	–	–	–	100
1990	4 919,2	120,8	19,0	13,3	13,4	54,3
1995	5 393,4	132,4	53,3	14,6	8,9	23,2
1996	5 467,3	134,2	59,7	13,6	8,1	18,6
1997	5 502,8	135,1	65,9	12,4	6,7	14,9
1998	5 539,5	136,0	73,9	9,4	5,8	10,9
Ottomotor⁶⁾						
1985	3 680,9	100	–	–	–	100
1990	4 216,8	114,6	19,3	8,3	10,7	61,7
1995	4 535,1	123,2	54,7	11,3	7,9	26,2
1996	4 595,1	124,8	61,2	10,6	7,4	20,9
1997	4 637,3	126,0	67,4	9,7	6,7	16,2
1998	4 684,0	127,3	74,4	7,8	5,9	11,8
Dieselmotor						
1985	392,3	100	–	–	–	100
1990	702,4	179,0	17,4	43,2	29,9	9,4
1995	858,3	218,8	45,9	32,1	14,6	7,5
1996	872,2	222,3	52,1	29,5	11,9	6,4
1997	865,5	220,6	58,2	26,9	6,9 ⁷⁾	8,0
1998	855,5	218,1	71,2	18,2	4,9 ⁷⁾	5,8

1) Stand jeweils am 1. Juli. – 2) US-Norm (XXIII). – 3) Einschließlich EWG-Ausnahmen, ab 1994 einschließlich Rili 93/95 EWG, ab 1995 einschließlich EURO 2, EURO 2G: 92/97, EGI, EGII, EGIII und D3. – 4) Europa-Norm (XXV). – 5) Bedingt schadstoffarm (XXIV); Stufe A, B, C. – 6) Einschließlich Pkw mit sonstigen Antrieben. – 7) Ohne Stufe B.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Durch die vom Menschen verursachten Emissionen an Treibhausgasen, an denen der Verkehr ebenfalls erheblich beteiligt ist, werden gemäß den Ergebnissen zahlreicher wissenschaftlicher Studien globale Umweltbelastungen befürchtet. Zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen wurden deshalb in dem vor Jahresfrist in Kyoto vereinbarten Klimaprotokoll erstmals weltweit konkrete Minderungsziele formuliert. Die weitere Ausgestaltung der in Kyoto getroffenen Absprachen war Gegenstand der im Herbst des Jahres in Buenos Aires veranstalteten Klimakonferenz. In Baden-Württemberg ist bei den Emissionen der drei wichtigsten direkt klimarelevanten Gase in der Summe nach wie vor eine steigende Tendenz zu registrieren – eine Tendenz, die durch den unverändert anwachsenden Kraftfahrzeugverkehr im Land maßgeblich bestimmt wird. Die erzielten Erfolge bei der Verringerung des durchschnittlichen Kraftstoffverbrauchs werden durch erhöhte Fahrleistungen sowohl im Pkw- wie auch im Lkw-Verkehr mehr als kompensiert, so daß der Kraftstoffverbrauch insgesamt und damit die aus dem Straßenverkehr resultierenden CO₂-Emissionen auch 1997 weiter zugenommen haben. Hinzu kommt, daß der Straßenverkehr auch maßgeblich die Entwicklung der N₂O-Emissionen beeinflusst. Auch diese infolge der katalytischen Abgasreinigung entstehenden N₂O-Emissionen, die in Baden-Württemberg zwar nur rund 3 % des Treibhauspotentials ausmachen, stiegen weiter an. Daß die Emissionen klimarelevanter Gase in Baden-Württemberg im Jahr 1997 niedriger lagen als im Jahr zuvor, hat seine Ursache in erster Linie im witterungsbedingt geringeren Energiebedarf der Haushalte und Kleinverbraucher sowie dem weiter reduzierten Bedarf an fossilen Brennstoffen im Bereich der Industrie. Der mittelfristige Trend der Treibhausgasemissionen weist jedoch nach oben, so daß in allen Energieverbrauchsbereichen, insbesonde-

re aber im Straßenverkehr sowie bei den Haushalten und Kleinverbrauchern, verstärkte Anstrengungen erforderlich sind, um wenigstens eine Trendumkehr zu erreichen.

Wirtschaftliche Perspektiven 1999

Die wirtschaftlichen Perspektiven sind im Jahr 1999 nicht mehr so günstig wie im abgelaufenen Jahr. Die gedämpften Wachstumsaussichten kündigten sich trotz eines guten Gesamtergebnisses bereits im Laufe des Jahres 1998 an und die Tendenz eines verschlechterten wirtschaftlichen Umfelds wird bis ins Jahr 1999 hineinreichen. Die Produktionsentwicklung in der Welt bleibt nur schwach aufwärtsgerichtet. Bereits im Jahr 1998 expandierte die Weltwirtschaft unter dem Einfluß der Krisenherde in Asien, Rußland und Lateinamerika, aber auch im Gefolge des in einigen Ländern weiter fortgeschrittenen Konjunkturzyklus verhaltenener. Der Zuwachs des Welthandels schwächte sich nach rund 8 % im Jahr 1997 auf rund 5 % ab. Im Jahr 1999 steht eine weitere Verlangsamung des Welthandels in Aussicht.

Die von den Krisenregionen ausgehenden Auswirkungen auf die Konjunktur in den Industrieländern hielten sich bisher wegen des Gegengewichts der vorwiegend stabilen Binnennachfrage und der gesunkenen Preise für Industrierohstoffe und Erdöl in Grenzen. Die Auswirkungen erweisen sich jedoch hartnäckiger als zunächst angenommen, weil sich die Risikoeinschätzung der Investoren in den Industrienationen hierdurch geändert hat. Trotz der recht robusten Konjunktur in Europa macht sich auch dort aufgrund der gesunkenen Nachfrage aus den Krisenregionen

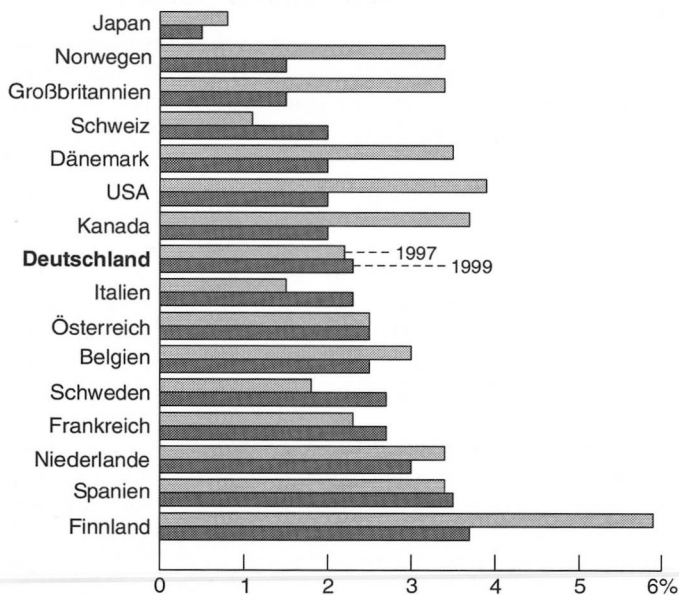
Unsicherheit über die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung breit. Angesichts stabiler Preise, niedriger Zinsen und einer höheren Produktivität stehen die Chancen in Deutschland aber gut, daß das Nachlassen der Antriebskraft „Export“ zumindest teilweise durch eine stärker wachsende Binnennachfrage aufgefangen werden kann. Es mehren sich die Anzeichen, daß allmählich die nach klassischem Konjunkturzyklus der Auslandsnachfrage und der Investitionsnachfrage folgende dritte Kraft des Aufschwungs in Form der Konsumnachfrage zum Tragen kommt. Vom privaten Verbrauch werden bei höherer Beschäftigung und stärker wachsender verfügbarer Einkommen 1999 kräftigere Impulse auf die Gesamtwirtschaft ausgehen als 1998.

Vergleichsweise gute Aussichten für den Euro-Währungsraum

Im Startjahr des Euro zeigen sich die Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion (EWU) im Vergleich zu anderen Industrieländern in guter Verfassung, obwohl sich auch dort die Auftriebskräfte der Wirtschaft in allen Mitgliedsländern mit Ausnahme von Italien und Irland abschwächen dürften. Das Wirtschaftswachstum der EWU-Länder wird 1999 – anders als 1998 – höher ausfallen als das der Europäischen Union insgesamt. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für Deutschland 1999 ein reales Wirtschaftswachstum von 2,3 %, der Sachverständigenrat von 2 %, jeweils etwa einen halben Prozentpunkt weniger als für den gesamten Euro-Währungsraum. Mit dieser Wachstumsrate bildet Deutschland gemeinsam mit Italien das Schlußlicht in der Euro-Region. Die jüngste Zinssenkung, die der Angleichung der Kapitalmarktzinsen in den EWU-Ländern diene, wirkt derzeit leicht anregend auf die wirtschaftliche Aktivität in den Mitgliedsländern. Sie hat im Euro-Raum bei bereits niedrigem Zinsniveau die Rahmenbedingungen für ein gutes Investitionsklima weiter verbes-

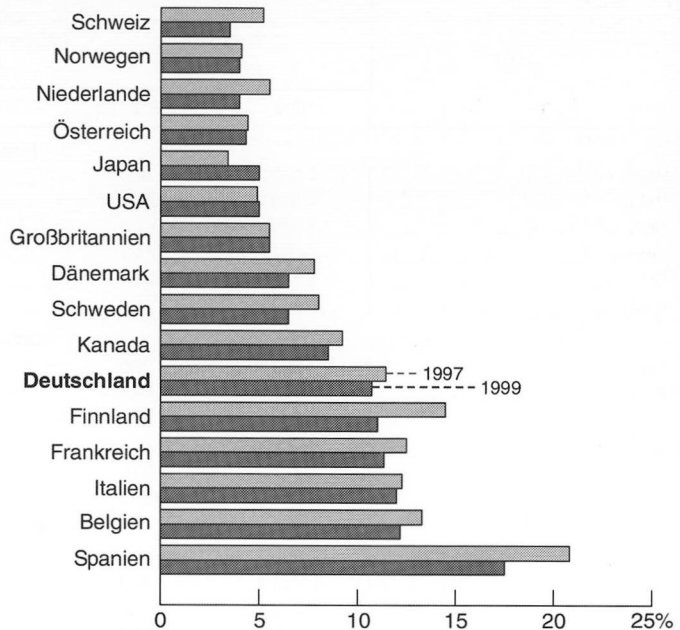
Schaubild 15
Reales Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern 1997 und 1999*)

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



*) Prognose der Forschungsinstitute. Quelle: Herbstgutachten 1998 der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Schaubild 16
Arbeitslosenquoten in wichtigen Industrieländern 1997 und 1999*)



*) Prognose der Forschungsinstitute. Quelle: Herbstgutachten 1998 der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

sert. In der EWU wird jedoch den einzelnen Mitgliedsländern die Geldpolitik nicht mehr als wirtschaftspolitisches Instrument zur Verfügung stehen. Daher wird einer konjunkturgerechten und wettbewerbsorientierten nationalen Finanz- und Lohnpolitik größere Bedeutung zukommen.

In den westeuropäischen Nicht-EWU-Ländern wird sich das Wirtschaftswachstum weitaus stärker abschwächen als in Euroland. Insbesondere in Großbritannien und Norwegen kühlt sich die Konjunktur merklich ab. Dagegen expandiert die Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten kräftig, allen voran in Polen, Tschechien, Ungarn und Slowenien. Durch die bereits enge Verflechtung dieser EU-Beitrittskandidaten mit den Ländern der Europäischen Union blieben sie bisher weitgehend von der Rußlandkrise verschont.

In den Vereinigten Staaten steht eine weitere Verlangsamung des wirtschaftlichen Aufschwungs in Aussicht. Dort hat der Konjunkturzyklus bereits einen höheren Reifegrad erreicht. Nachdem die Asienkrise und der gestiegene Dollarkurs die Exporttätigkeit in Mitleidenschaft gezogen hatte, dämpft der schwächer werdende Beschäftigungszuwachs nun allmählich auch die bisher noch recht robuste Konsumnachfrage. Die expansiv ausgerichtete Geldpolitik dürfte dort jedoch einer weiteren Dämpfung der Binnenkonjunktur entgegenwirken. In Japan scheint die schwere Rezession mit Ablauf des Jahres 1998 überwunden zu sein, so daß im Jahr 1999 das Wirtschaftswachstum eine schwarze Null erreichen dürfte.

Hoffen auf die Binnenkonjunktur

Bei nachlassender Dynamik der Auslandsnachfrage liegt den Prognosen vom Herbst 1998 die Annahme zugrunde, daß 1999 in

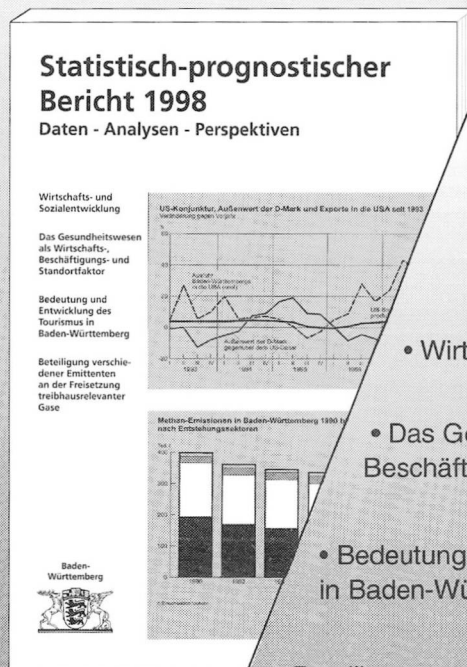
Deutschland die Inlandsnachfrage an Kraft gewinnt. Hoffnungsträger sind insbesondere die Investitionen, aber auch der Private Verbrauch. Die Unternehmen sind mit den vorhandenen Kapazitäten im Jahr 1998 weitgehend an ihre Grenzen gestoßen. Die Bedienung der Lieferaufträge war vielfach nur noch möglich, indem längere Wartezeiten in Kauf genommen wurden. Mehr als bisher steht 1999 deshalb die Erweiterung von Produktions- und Geschäftsgebäuden an. Die Bauinvestitionen dürften nach mehrjähriger Schwächephase erstmals wieder leicht über dem Vorjahreswert liegen und – anders als in den Jahren zuvor – die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht mehr bremsen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden dagegen nicht mehr so lebhaft expandieren wie 1998. Die Verbrauchskonjunktur wird 1999 mit einer weiteren Verbesserung der Einkommenssituation an Schwung gewinnen. Trotz niedriger Preise und einem nach Jahren der Konsumzurückhaltung entstandenen Nachholbedarf dürften die Einkommensverbesserungen aber nicht in vollem Umfang dem Konsum zugute kommen. Die Haushalte werden – sensibilisiert durch die zurückliegenden mageren Jahre – zur Absicherung von möglichen schlechteren Zeiten wieder Ersparnisse bilden, nachdem sie diese teilweise aufgebraucht haben.

Wachstumsvorsprung für Südwest schwindet

Im Jahr 1998 bescherte die wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit der Wirtschaftsstruktur dem Südwesten einen deutlichen Wachstumsvorsprung innerhalb Deutschlands. Ausgelöst wurde dieser durch den Exportboom und die lebhaftere Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen. Gerade diese beiden für die Entwicklung der baden-württembergischen Wirtschaft besonders wichtigen Nachfragegrößen werden sich im Jahr 1999 nicht mehr so dynamisch entwickeln wie zuvor. Von der lebhafteren Entfaltung des privaten Verbrauchs wird die Südwestindustrie nur unterdurchschnittlich profitieren können. Die Produktion von Ge- und Verbrauchsgütern hat hierzulande nämlich einen geringeren Stellenwert als bundesweit. Das freundlichere Konsumklima wird vor allem dem Handel und den Dienstleistungsbetrieben zugute kommen. Insgesamt ist im Jahr 1999 für Baden-Württemberg ein reales Wirtschaftswachstum von gut 2 % zu erwarten.

Dr. Monika Kaiser, Thomas Forster, Christoph Maier,
Erich Stutzer und Thomas Weinmann
unter Mitarbeit von Dr. Helmut Büringer

Daten – Analysen – Perspektiven



Zur aktuellen Lage und zu absehbaren Trends in Wirtschaft und Gesellschaft

- Wirtschafts- und Sozialentwicklung
- Das Gesundheitswesen als Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Standortfaktor
- Bedeutung und Entwicklung des Tourismus in Baden-Württemberg
- Beteiligung verschiedener Emittenten an der Freisetzung treibhausrelevanter Gase

170 Seiten, kartoniert, 20,90 DM; Artikel-Nr. 1114 98001; ISSN 0724-3790



STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG

